

Inhaltsverzeichnis

Let's Get Into Action / Lasst uns Handeln.....	2
Gerechtigkeit für Palästina.....	4
Aufruf zur sofortigen Wiederaufnahme von Verhandlungen zur umfassenden Lösung der Zypern-Frage.....	5
Vorschlag für einen umfassenden Friedensplan für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten.....	7
Gegen die Trump-Netanyahu-Kriege im Nahen Osten.....	9
Wohnen als Grundrecht – eine europäische Strategie für sozialen Wohnungsbau und soziale Gerechtigkeit	10
Die digitale Wirtschaft im Interesse der Arbeiter*innen in den Griff bekommen.....	13
Für eine demokratische digitale Zukunft.....	16
Die Europäische Linke muss in der Praxis zu einer feministischen europäischen Partei werden.....	19
2026 und darüber hinaus: Unsere feministische Agenda.....	21
Einen Internationalismus des Friedens aufbauen.....	24
Zur Verteidigung Kubas und gegen die von den USA verhängte Blockade.....	27
Widerstand gegen Trump. Grönland hat das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, sein Zukunft selbst zu gestalten.....	29
Schluss mit der Prekarisierung – Für Regularisierung, Freizügigkeit und gleiche Rechte für alle Arbeitsmigrant*innen.....	31
Verteidigung des Rechts auf Asyl und der Menschenrechte – Gegen den autoritären Wandel in Europa.....	34
Die Europäische Linke gegen Remigration.....	36
Gemeinsamer Besuch der Europäischen Linken (EL) und ihres Jugendnetzwerks (ELYN) der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Faschismus.....	37
Von der repräsentativen Demokratie zur Volksherrschaft.....	39

Antrag

Let's Get Into Action / Lasst uns Handeln

Die Vorbereitungen für den Parteitag und die Ausarbeitung des politisch-strategischen Dokuments haben gezeigt, dass innerhalb der EL ein breiter Konsens herrscht – sowohl unter den Mitgliedsparteien als auch über die verschiedenen politischen und sozialen Strömungen innerhalb der EL hinweg –

Gewerkschafter*innen, Sozialaktivist*innen, Feminist*innen, Ökolog*innen und junge Menschen – über den Kampf gegen die Militarisierung und den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse (Sparpolitik, Inflationskrise, Abbau öffentlicher Dienstleistungen).

Es ist zudem unbestritten, dass die Eskalation der internationalen Lage sowie unsere begrenzten finanziellen Mittel es erfordern, dass wir die Kampagnenaktivitäten und die öffentliche Kommunikation der EL priorisieren.

Angesichts der unbeständigen Lage ist es unmöglich, die politischen Entwicklungen der nächsten drei Jahre im Detail vorherzusagen. Gleichzeitig lassen sich jedoch bereits die allgemeinen Konturen der vorherrschenden Politik – und damit der politischen Auseinandersetzung – erkennen.

Wie der EU-Gipfel in Antwerpen im Februar 2026 gezeigt hat, versuchen die europäischen Staats- und Regierungschefs, den „Grönland-Moment“ zu nutzen, um eine umfassende militaristische, antisoziale, klimafeindliche und antidemokratische Strategie voranzutreiben. Diese Strategie zielt darauf ab, Kriege im Ausland zu führen, während die Arbeiterklasse im Inland diszipliniert, zum Schweigen gebracht und gezwungen wird, die Kosten zu tragen.

Auf der Grundlage der Prinzipien, die im politisch-strategischen Dokument dargelegt sind („Sparpolitik bekämpfen. Militarisierung stoppen. Die Zukunft gewinnen“), starten wir unsere Kampagnen gegen die Militarisierung der Europäischen Union, gegen Austerität und gegen die Krise der Lebenshaltungskosten unter dem gemeinsamen Slogan „Sozialstaat statt Krieg“ („Welfare, not Warfare“). Diese Kampagnen werden in engster Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsparteien durchgeführt.

- Die EL ist Teil der „Stop Rearm“-Kampagne und setzt sich dafür ein, diese auf alle Länder auszuweiten und die aktive Einbindung sozialer Akteur*innen, insbesondere der Arbeiter*innen, sicherzustellen.
- Wir unterstützen die großen europäischen Demonstrationen am 14. Juni in Brüssel.
- Die internationale antiimperialistische Solidarität ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kampagne gegen Militarisierung und für den Frieden.
- Wir sind Mitveranstalter eines neuen Internationalen Friedensforums in der ersten Hälfte des Jahres 2027.
- Wir werden den Kampf gegen Militarisierung und Sparpolitik zu den Schwerpunktthemen der Sommeruniversität im Juli machen und dies unseren Partnern im Europäischen Forum im Herbst vorschlagen. Beide Veranstaltungen werden als Räume für den Austausch zwischen allen progressiven Kräften dienen, die sich in dieser Frage engagieren.
- Wir werden zur Stärkung des TUNE-Netzwerks beitragen, dessen Sichtbarkeit erhöhen und gewerkschaftliche Mobilisierungen gegen Sparpolitik und Militarisierung in unseren jeweiligen

Ländern unterstützen, wobei wir uns für eine europäische Gewerkschaftskampagne einsetzen. Wir unterstützen zudem den Kampf gegen die Omnibus-Richtlinie, die Flexibilisierung und Sozialdumping fördert.

- Gemeinsam mit der europäischen sozialen Bewegung entwickeln wir einen alternativen Plan für europäische öffentliche Investitionen in Industrie, Sozialwesen und Klimawende – und brechen damit mit der aktuellen Politik, die die Wirtschaft militarisiert.

Wir werden unsere Wohnungskampagne fortsetzen und dabei die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, dem EGB, der Linken im Europäischen Parlament, Mieterverbänden und sozialen Bewegungen suchen. Wir werden uns mit ihnen über geeignete Formen der Mobilisierung beraten und den Kampf für das Recht auf Wohnen mit dem Kampf gegen die Aufstockung der Militärhaushalte verknüpfen.

- Wir unterstützen Streiks und Aktionen an Schulen und Universitäten gegen die Wehrpflicht und die Militarisierung der Bildung.
- Wir unterstützen Initiativen gegen die Welle antidemokratischer Maßnahmen, die darauf abzielen, soziale und demokratische Bewegungen in Europa zum Schweigen zu bringen, sowie gegen die Normalisierung chauvinistischer und rassistischer rechtsextremer Kräfte auf europäischer Ebene.

Antrag

Gerechtigkeit für Palästina

Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt ihr Engagement für gleiche Rechte für alle Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Die EL erkennt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf die Entscheidung über seine eigene Zukunft an; aus diesem Grund unterstützt sie im Einklang mit den UN-Resolutionen sein Recht auf einen unabhängigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt.

Wir verurteilen die systematischen Kriegsverbrechen der israelischen Regierung in Gaza und im Libanon. Wir verurteilen diese Handlungen, da sie gegen die Völkermordkonvention verstoßen, und fordern alle Staaten auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, solche Verbrechen gemäß dem Völkerrecht zu verhindern und strafrechtlich zu verfolgen.

Wir solidarisieren uns mit den demokratischen, feministischen und linken Kräften in Israel und Palästina, die für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit für alle kämpfen, und werden sie aktiv unterstützen.

Die EL verurteilt Gewalt gegen Zivilisten.

Die EL verurteilt das „Board of Peace“, das mit einer kolonialen und imperialistischen Logik die Annexion des Westjordanlands durch Israel faktisch herbeiführt.

Die EL fordert die Freilassung von Marwan Barghouti und allen palästinensischen politischen Gefangenen.

Die EL wird im Einklang mit den relevanten UN-Resolutionen und dem Völkerrecht daran arbeiten, das Rückkehrrecht der Familien und Nachkommen der seit 1948 gewaltsam Vertriebenen zu wahren, die Achtung der Grenzen von 1967 sicherzustellen und den Abbau aller illegalen israelischen Siedlungen zu fordern, die seit 1967 im Westjordanland errichtet wurden.

Sie ist zudem der Ansicht, dass die EU bis zum Ende der Besatzung alle militärischen Beziehungen zur israelischen Regierung abbrechen, das Assoziierungsabkommen mit Israel aussetzen und Sanktionen gegen die Mitglieder der israelischen Regierung und die sie unterstützenden politischen Kräfte verhängen sollte.

Die EL verpflichtet sich, internationale Solidaritätsmissionen wie die Global Sumud Flotilla zu unterstützen und zu verstärken.

Antrag

Aufruf zur sofortigen Wiederaufnahme von Verhandlungen zur umfassenden Lösung der Zypern-Frage

In der derzeitigen Situation, die durch eine verschärfte Militarisierung der internationalen Beziehungen, weltweite Kriegstreiberei und regionale Konflikte sowie die Missachtung des Völkerrechts und der UN-Charta gekennzeichnet ist, wird eine friedliche Lösung der Zypernfrage umso dringlicher.

Wir bekräftigen, dass eine umfassende Lösung der Zypernfrage weiterhin Priorität hat, wobei auf ihre überragende Bedeutung für echte Sicherheit und Stabilität in der Region hingewiesen wird.

Wir erinnern daran, dass die Zypernfrage das Ergebnis ausländischer Interventionen und imperialistischer Aggression ist.

Wir verurteilen die illegale Besetzung von 37 % des zyprischen Territoriums durch die Türkei seit ihrer Invasion im Jahr 1974, die einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, und bedauern, dass die Bevölkerung Zyperns weiterhin unter der faktischen Teilung ihres Heimatlandes und ständigen Menschenrechtsverletzungen leidet.

Wir bekräftigen, dass der Status quo inakzeptabel ist und eine ständige Gefahrenquelle für alle Zypriot*innen, darstellt, griechische Zypriot*innen und türkische Zypriot*innen. Er dient den langfristigen hegemonialen Zielen der Türkei gegenüber Zypern und zementiert die dauerhafte Teilung Zyperns und seines Volkes.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass nur die Beendigung der militärischen Besetzung durch die Türkei und die Wiedervereinigung Zyperns und seines Volkes eine Zukunft in Frieden, Stabilität und echter Sicherheit für alle Zypriot*innen und damit die Voraussetzungen für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gewährleisten kann. Wir betonen, dass die Lösung der Zypernfrage entscheidend zur Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen beitragen und positive Impulse für die regionale Zusammenarbeit setzen kann.

Wir bedauern die lange Liste der illegalen Handlungen und Provokationen der Türkei gegen die Souveränität und die Hoheitsrechte der Republik Zypern, die durch das Völkerrecht und das Seerecht garantiert sind. Dazu gehört, dass sie trotz wiederholter Aufforderungen der UN die Öffnung des eingezäunten Gebiets von Varosha nicht rückgängig gemacht hat, was gegen die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verstößt; dass sie die Militarisierung der besetzten Gebiete weiter verstärkt hat, dass sie die illegale Besiedlung des nördlichen Teils von Zypern zur Veränderung der demografischen Struktur nicht eingestellt hat; und dass sie weiterhin eine Politik verfolgt, die auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Assimilation der türkischen Zypriern abzielt.

Wir begrüßen die jüngsten Bemühungen der UN um die Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen und nehmen den jüngsten Führungswechsel in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, der neue Hoffnung auf ein konstruktiveres politisches Umfeld geweckt hat, positiv zur Kenntnis.

Wir unterstützen die baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Wiedervereinigung Zyperns unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs, um eine umfassende Lösung auf der vereinbarten Grundlage einer bizonalen und bikommunalen Föderation mit politischer Gleichberechtigung zu erreichen,

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

wie es in den einschlägigen UN-Resolutionen vorgesehen ist. Wir unterstützen den raschen Abzug aller türkischen Besatzungstruppen, die Aufhebung des anachronistischen Garantievertrags und jeglicher einseitiger ausländischer Interventionsrechte.

Wir bekräftigen, dass der einzig gangbare Weg für sinnvolle und ergebnisorientierte Verhandlungen darin besteht, an dem Punkt wieder aufzunehmen, an dem sie in Crans-Montana (2017) unterbrochen wurden, unter vollständiger Achtung der bisherigen Arbeitsergebnisse, namentlich der erzielten Annäherungen und des Guterres-Rahmenplans. Wir sind der Ansicht, dass eine Einigung auf einen soliden Fahrplan zur Sicherung dieser Punkte von größter Bedeutung ist.

Wir lehnen das Beharren der Türkei auf ihrer inakzeptablen Position für eine Zwei-Staaten-Lösung kategorisch ab. Wir fordern die Türkei auf, zur vereinbarten Grundlage für eine Lösung und zum UN-Rahmenwerk zurückzukehren, und erklären, dass wir niemals eine Einigung akzeptieren werden, die die wahre Unabhängigkeit Zyperns gefährden könnte. Dabei bleiben dessen einheitliche Souveränität, einheitliche internationale Rechtspersönlichkeit und einheitliche Staatsbürgerschaft gewahrt und keine Dritten können eingreifen. Die Menschenrechte und Freiheiten aller Zypriot*innen im werden im Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen, auf denen die EU beruht, wiederhergestellt.

Die fortbestehende Präsenz britischer Hoheitszonen in Zypern stellt ein aktives Hindernis für die volle Souveränität der Insel dar und ist eine Quelle von Sicherheitsrisiken, die Gemeinschaften auferlegt werden, die keine Verantwortung für die Konflikte tragen, aus denen diese Risiken hervorgehen.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) stellte in seinem Gutachten vom 25. Februar 2019 zum Chagos-Archipel eindeutig fest, dass die Entkolonialisierung von Mauritius nicht rechtmäßig abgeschlossen worden ist, dass das Vereinigte Königreich verpflichtet ist, seine Verwaltung des Chagos-Archipels unverzüglich zu beenden, und dass alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet sind, bei der rechtmäßigen Vollendung dieses Prozesses zusammenzuarbeiten.

Diese Grundsätze haben direkte und unumgängliche Relevanz für Zypern. Die Entkolonialisierung der Insel ist nach jedem strengen rechtlichen Maßstab noch nicht abgeschlossen. Die internationale Gemeinschaft kann sich nicht selektiv auf die Normen der Selbstbestimmung und der territorialen Integrität berufen und gleichzeitig die unbefristete Aufrechterhaltung ausländischer Militärstützpunkte auf zyprischem Boden stillschweigend hinnehmen. Zypern sollte frei von allen ausländischen Militärstützpunkten und Truppen sein.

Wir bekunden unsere Solidarität mit und Unterstützung für den Kampf des gesamten zyprischen Volkes, der griechischen Zypriot*innen und der türkischen Zypriot*innen, und unterstützen die bikommunalen Friedensinitiativen der Zypriot*innen, die den Geist des Zusammenlebens und der Gleichberechtigung fördern und sich gegen spaltende und nationalistische Praktiken wenden.

Antrag

Vorschlag für einen umfassenden Friedensplan für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten

Der neue, völlig inakzeptable Krieg von Trump und Netanjahu gegen den Iran und den Libanon hat auf dramatische Weise die wachsende globale Unsicherheit und die Vielzahl der Friedensprobleme im Nahen Osten und im Mittelmeerraum deutlich gemacht.

Diese Regionen werden als „Barometer des globalen politischen Klimas“ bezeichnet, da sie seit vielen Jahrzehnten ein Gebiet scharfer internationaler Gegensätze und fortlaufender ausländischer Interventionen darstellen und gleichzeitig stark militarisiert sind, wobei sie fast ein Drittel der weltweiten Waffenexporte absorbieren.

Die EL, die sich nachdrücklich zur Charta der Vereinten Nationen und zum Völkerrecht bekennt, legt einen umfassenden Friedensplan für den Nahen Osten und den Mittelmeerraum vor, der aus den folgenden Punkten besteht:

1. Sofortige Beendigung des Krieges gegen den Iran und Wiederaufnahme der Verhandlungen in einem Rahmen ähnlich dem Friedensabkommen von 2014 zum iranischen Atomprogramm.
2. Aufgabe des sogenannten Friedensrats für Gaza und Übernahme des dringend notwendigen Wiederaufbaus durch die Vereinten Nationen, verbunden mit dem Rückzug Israels und der Verwaltung Gazas durch die Palästinensische Autonomiebehörde. In der Folge Verabschiedung eines Fahrplans, der zur Gründung eines unabhängigen und säkularen Staates Palästina innerhalb der Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt führt.
3. Auch Zypern leidet seit einem halben Jahrhundert unter ausländischer Besatzung, die durch die Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der UN beendet werden kann, mit dem Ziel einer umfassenden Lösung, die den schnellstmöglichen Abzug der türkischen Truppen, die Wiedervereinigung der de facto geteilten Insel auf der vereinbarten Grundlage einer bizonalen zweigemeinschaftlichen Föderation mit politischer Gleichberechtigung für griechische und türkische Zyprioten, die Aufhebung des anachronistischen Garantievertrags und jeglicher einseitiger ausländischer Interventionsrechte sowie eine Entmilitarisierung, die den Weg für die Beseitigung der britischen Militärstützpunkte ebnet.
4. Angesichts der massiven Bevölkerungsbewegungen aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa ist die Flüchtlings- und Migrationsfrage von höchster Priorität. Sie lässt sich angehen, indem die Nord-Süd-Kluft im Mittelmeerraum überbrückt wird, der sich von einer Wiege und einem Knotenpunkt der Zivilisationen oft zu einem nassen Grab für Tausende von Flüchtlingen und Migranten entwickelt. Die Idee eines „Festung Europa“ ist moralisch und praktisch eine Sackgasse.
5. Die Atomfrage kann radikal gelöst werden, wenn der Nahe Osten in eine Zone verwandelt wird, die frei von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ist, wie es in den einschlägigen UN-Resolutionen vorgesehen ist, gegen die sich die USA und Israel aussprechen, das bereits eine Atommacht ist und nicht Vertragspartei des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) ist.

6. Angesichts der Verschärfung der Klimakrise und möglicher fataler Folgen im Mittelmeerraum ist auch der Umweltschutz eine Priorität für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten. Da es bereits den UN-Aktionsplan für den Mittelmeerraum gibt, bekannt als „Blue Plan“, zum Schutz der Küsten- und Meeresumwelt im Mittelmeerraum, der auch viele Länder des Nahen Ostens abdeckt, unterstützt die EL die Weiterentwicklung und Stärkung dieses Plans mit der vollen Unterstützung der EU gegenüber der UN.
7. Mit Blick auf die Zukunft greift die EL einen seit vielen Jahrzehnten bestehenden Vorschlag Spaniens wieder auf, nämlich ein „Mittelmeer-Helsinki“, d. h. eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum auf der Grundlage der OSZE-Prinzipien.

Antrag

Gegen die Trump-Netanyahu-Kriege im Nahen Osten

Wir verurteilen die illegalen Angriffskriege der Vereinigten Staaten und Israels gegen den Iran und den Libanon, die globale Auswirkungen haben.

Der Iran hat immense Verluste und massive Zerstörungen erlitten; Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen und Brücken wurden zerstört. Die Drohungen der Trump-Regierung mit einer militärischen Eskalation bis hin zur Auslöschung einer Zivilisation sind barbarischer Natur. Trotz des Waffenstillstands am Persischen Golf greift Israel den Libanon weiterhin mit grausamer Brutalität an und dehnt den genozidalen Krieg in Gaza auf dieses Land aus.

Diese Kriege bedrohen weltweit die Landwirtschaft und die Weltwirtschaft, treiben die Energiepreise in die Höhe und treiben Millionen von Geflüchteten ins Exil. Doch mit Ausnahme von Spanien haben sich alle europäischen Regierungen an diesen Kriegen mitschuldig gemacht, indem sie europäische Militärstützpunkte und den Luftraum dem US-Militär zur Verfügung stellten.

Trotz alledem hat sich Trumps Strategie als eklatantes Scheitern erwiesen. Seit Beginn des Krieges ist nichts so gelaufen wie geplant. Keine Beschlagnahmung von iranischem Öl, kein Regimewechsel, keine Kontrolle über die Versorgungswege in die Länder des Globalen Südens, angeführt von China. Das vorrangige Ziel der Vereinigten Staaten scheint nun die Wiederöffnung der Straße von Hormus zu sein, die vor dem Krieg offen war.

Jeder Tag, an dem der Krieg weitergeht, jeder Tag, an dem die Kraftstoffpreise steigen, ist ein Tag, an dem der Widerstand gegen den Krieg und gegen Trump in der US-Bevölkerung wächst. Jeder Tag, an dem sich die Widersprüche zwischen den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt verschärfen – sowohl im Globalen Süden als auch bei den traditionellen Verbündeten der USA in Europa –, ist ein Tag, an dem der Widerstand der Völker der Welt gegen den US-Imperialismus wächst.

- Wir verurteilen den illegalen und kriminellen Krieg von Trump und Netanjahu gegen den Iran und den Libanon.
- Wir fordern Sanktionen gegen Israel, beginnend mit der Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel.
- Wir bekämpfen jede direkte oder indirekte Mitschuld am Krieg, wie beispielsweise den Transit von Waffen, die Nutzung von Stützpunkten auf europäischem Boden und die Nutzung des europäischen Luftraums für jegliches Kriegsmaterial.
- Wir lehnen die Militarisierung Europas ab. Wir setzen uns für eine offensive europäische Diplomatie ein, die auf dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen basiert.
- Wir treten für einen stabilen und dauerhaften Frieden ein, der soziale Gerechtigkeit garantiert. „Sozialstaat statt Krieg“ („Welfare not Warfare“)

Antrag

Wohnen als Grundrecht – eine europäische Strategie für sozialen Wohnungsbau und soziale Gerechtigkeit

Die Wohnungskrise in Europa ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein systemisches Versagen des marktorientierten Modells, das zu einem strukturellen Zusammenbruch führt. Diese chronische soziale Krise ist die direkte Folge politischer Entscheidungen, bei denen finanzieller Profit Vorrang vor dem Grundrecht auf Wohnen hat.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) lehnt den sogenannten Europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum der Europäischen Kommission ab – der stattdessen die Finanzialisierung des Sektors fördert, vorangetrieben von der Europäischen Investitionsbank, als Versuch, die durch „ReArm EU“ verursachten Sozialkürzungen auszugleichen –, da dies eine bewusste politische Weigerung darstellt, die strukturellen Ursachen der Krise anzugehen. Dieser Ansatz versäumt es, gegen Immobilienspekulation und den chronischen Mangel an strukturellen öffentlichen Investitionen vorzugehen.

Als Antwort darauf verpflichtet sich die Europäische Linke zum Aufbau einer alternativen europäischen Wohnungsbaustrategie, die auf Menschenrechten und echten sozialen Bedürfnissen basiert – einer Strategie, die nur durch starke, zielgerichtete und demokratische öffentliche Interventionen umgesetzt werden kann.

Neudefinition von „Bezahlbarkeit“ durch einen gemeinsamen, kodifizierten europäischen Rechtsrahmen

Die Europäische Linke lehnt die neoliberale Mehrdeutigkeit des Begriffs „bezahlbarer Wohnraum“ ab, der als Fassade für marktorientierte Projekte dient, die für Haushalte mit geringem Einkommen unzugänglich bleiben. Echte Bezahlbarkeit kann nicht als marginaler Preisnachlass auf spekulative Marktpreise definiert werden.

Wir setzen uns für die Schaffung eines gemeinsamen, kodifizierten europäischen Rechtsrahmens ein, der Folgendes klar definiert und unterscheidet:

- **Sozialwohnungsangebot (*Public Housing*):** Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse, vollständig öffentlich finanziert, in öffentlichem Besitz und ausschließlich für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen bestimmt, mit sozialen Mieten, die sich nach dem Einkommen richten.
- **Nicht-marktorientierter Wohnungssektor (*Social Housing*):** Ein gemeinnütziges Wohnungsmodell, das verschiedene Rechtsformen umfasst, darunter Wohnungsgenossenschaften und andere nicht marktorientierte Vereinigungen.

Auf dieser Grundlage muss die Politik der Wohn- und sozialen Wiederverwendung von leerstehendem Wohnungsbestand – insbesondere von Immobilien in öffentlichem Besitz oder von Banken zurückgenommenen Einheiten – als bevorzugte Alternative zum Neubau Vorrang einräumen.

Darüber hinaus bekräftigt die Europäische Linke nachdrücklich, dass **keine EU-Mittel für den Wohnungsbau gewährt werden dürfen, ohne dass strenge, verbindliche soziale Auflagen gelten**. EU-Mittel – einschließlich derjenigen, die über die Europäische Investitionsbank und nationale Finanzintermediäre bereitgestellt werden – dürfen weder Spekulationen begünstigen noch privaten Investmentfonds

zugutekommen. Jede EU-Wohnungsbauförderung muss an öffentliches oder gemeinnütziges Eigentum, einkommensabhängige regulierte Mieten, Schutz vor Zwangsräumungen ohne angemessenen Ersatzwohnraum, energetische Sanierungen ohne Kosten für die Bewohner*innen sowie den ausdrücklichen Ausschluss spekulativer Finanzakteure geknüpft sein. Bezahlbarer Wohnraum kann nur dann entstehen, wenn öffentliche Gelder Rechte garantieren, anstatt private Profite zu subventionieren.

Verpflichtungen der Partei der Europäischen Linken

Politisches Handeln muss in Basisbewegungen verwurzelt sein und in der Lage sein, Bündnisse mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, politischen Kräften und progressiven Regierungen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu schmieden.

Die Partei der Europäischen Linken verpflichtet sich zu folgenden Prioritäten:

1. Verbindliche soziale Konditionalität für alle EU-Wohnungsbaufonds

Die Partei der Europäischen Linken wird für strenge, verbindliche soziale Konditionalität bei allen Finanzmitteln, Darlehen und Finanzinstrumenten der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau kämpfen, einschließlich derer, die im Rahmen des Europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum vorgesehen sind. EU-Mittel müssen in erster Linie für den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Wohnungsbau eingesetzt werden und dürfen nicht von spekulativen Investoren oder gewinnorientierten öffentlich-privaten Partnerschaften vereinnahmt werden.

Der Zugang zu europäischen Fördermitteln muss an die wirksame Verwirklichung des Rechts auf Wohnen, Mietpreisbindung, Schutz vor Zwangsräumungen, die Beseitigung von Obdachlosigkeit und die Unterstützung nicht-kommerzialisierter Wohnmodelle geknüpft sein. Die Europäische Union kann nicht weiterhin die Ursachen der Wohnungskrise finanzieren und gleichzeitig behaupten, Lösungen anzubieten.

2. Unterstützung gemeinsamer Mobilisierungen und Selbstorganisation

Wir verpflichten uns, Bewegungen unter der Führung von Mieterverbänden und zivilgesellschaftlichen Netzwerken in ganz Europa aktiv zu unterstützen und daran teilzunehmen. Unser Ziel ist es, eine geeinte europäische Front zu bilden, die in der Lage ist, Immobilienspekulation, die Finanzialisierung des Wohnungswesens und alle Formen der Diskriminierung – einschließlich derer, die durch künstliche Intelligenz verstärkt werden – zu bekämpfen.

Wir wollen das soziale Bewusstsein und die kollektive Selbstorganisation stärken und individuelles Leid in politische Kraft umwandeln, in enger Zusammenarbeit mit Aktivist*innen und progressiven Kommunalbehörden.

3. Vollständige Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen

Unsere oberste Priorität ist die vollständige Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen, die von den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union selbst ratifiziert wurden. Dazu gehören Maßnahmen, die garantieren, dass es **keine Räumungen ohne Zugang zu angemessenem Ersatzwohnraum** gibt, sowie die **vollständige Beseitigung der Obdachlosigkeit bis 2030**.

4. Sozialer Wohnungsbau und Energiegerechtigkeit für die breite Bevölkerung

Wir fordern die systematische Priorisierung öffentlicher Mittel, um energieeffiziente Wohnungen für die Arbeiterklasse bereitzustellen – von den am stärksten benachteiligten Haushalten bis hin zur unter Druck

geratenen Mittelschicht. Indem wir die Ursachen der Energiearmut bekämpfen, bekräftigen wir, dass ein warmes und würdiges Zuhause ein universelles Recht ist.

Wir lehnen öffentlich-private Partnerschaften ab, die aus grundlegenden Dienstleistungen Profit schlagen. Wir schlagen vor, einen langfristigen Plan zur Sanierung leerstehender Gebäude aufzustellen und diese in hochwertige Energieanlagen im Besitz der Gemeinschaft umzuwandeln, wodurch Flächenverbrauch und Spekulation wirksam eingedämmt werden.

5. Ein sozial gerechter ökologischer Wandel: Keine Kosten für Mieter*innen

Der ökologische Wandel darf die Arbeiterklasse nicht belasten. Alle ökologischen Sanierungen müssen vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Wir lehnen jedes Modell entschieden ab, bei dem Klimamaßnahmen zu Mietsteigerungen oder „Renovictions“ (Renovierung + Räumung) führen.

Nachhaltigkeit muss für Mieter, Wohnungsgenossenschaften und Hausbesitzer mit niedrigem bis mittlerem Einkommen, deren einziger Besitz ihr Hauptwohnsitz ist, eine Realität ohne Energiekosten schaffen und sicherstellen, dass die Energieeinsparungen den Bewohnern zugutekommen und nicht den Vermietern oder Investoren.

6. Mietobergrenzen und Marktregulierung

Wir werden uns für die Einführung europäischer Leitlinien einsetzen, die es den Mitgliedstaaten und Kommunen ermöglichen, strenge Mietobergrenzen einzuführen. Unsere Priorität ist es, Haushalte der Arbeiterklasse vor ausbeuterischen Mieterhöhungen zu schützen und gleichzeitig Plattformen für Kurzzeitvermietungen streng zu regulieren, die Anwohner verdrängen und lokale Gemeinschaften aushöhlen.

7. Verteidigung des Rechts auf Bildung durch sozialen Wohnungsbau

Die Wohnungskrise stellt einen direkten Angriff auf das Recht auf Bildung dar. Wir schlagen vor, spezielle EU-Mittel für öffentlichen, mietpreisgebundenen Studentenwohnungsbau zu schaffen, um Studierende wirksam aus den ausbeuterischen privaten Mietmärkten herauszunehmen.

Schlussfolgerung

Die Partei der Europäischen Linken steht an der Seite all jener, die für das Recht auf ein Dach über dem Kopf kämpfen. Mit diesem Antrag stellen wir den Kampf für sozialen Wohnungsbau, Mietpreisbindung und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unserer politischen und institutionellen Agenda für die kommende Legislaturperiode.

Wir bekräftigen, dass **verbindliche soziale Auflagen für EU-Wohnungsbaufonds sowohl rechtlich machbar als auch politisch umsetzbar sind**. Um europäische öffentliche Gelder für das Recht auf Wohnen einzusetzen, sind keine neuen Verträge erforderlich, sondern lediglich politischer Wille. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass soziale und spekulationshemmende Auflagen zu einem Kernprinzip aller EU-Finanzierungen im Wohnungsbau werden.

Antrag

Die digitale Wirtschaft im Interesse der Arbeiter*innen in den Griff bekommen

Der Parteitag der Partei der Europäischen Linken erkennt an, dass der digitale Wandel eines der zentralen Felder ist, auf denen Macht, Arbeit und Alltag im Rahmen des globalen Kapitalismus neu gestaltet werden. Digitale Plattformen, algorithmisches Management, Dateninfrastrukturen und Überwachungstechnologien organisieren Arbeit, schöpfen Wert ab und bestimmen zunehmend, wie Menschen leben und arbeiten.

Dies sind reale Kämpfe, in denen Arbeitnehmer*innen, Gemeinschaften und soziale Bewegungen der Macht der Konzerne, zunehmender Prekarität und neuen Formen der Kontrolle entgegenstehen. Als Reaktion darauf erfordert es politisches Eingreifen, das darauf abzielt, die zugrunde liegenden Produktions- und Machtverhältnisse im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu verändern.

Die Europäische Linke beschließt daher, ihre digitale Agenda zu einem umfassenderen Programm demokratischer und klassenorientierter Maßnahmen auszubauen – indem sie digitale Regulierung mit Industriepolitik und ökologischen Grenzen verknüpft und politische Debatten auf konkrete Erfahrungen mit Konflikten am Arbeitsplatz und prekären Arbeitsverhältnissen auf Plattformen stützt.

Die zentrale politische Frage ist nicht nur, wie digitale Systeme reguliert werden, sondern wer sie gestaltet und wessen Interessen sie dienen. Wir lehnen Narrative ab, die strategische Autonomie auf technologische Wettbewerbsfähigkeit reduzieren. Echte Autonomie kann nur durch öffentliche Kapazitäten, demokratische Steuerung wesentlicher Infrastrukturen, transparenten Zugang zu entsprechendem technologischem Wissen und sinnvolle Beteiligung von Arbeiter*innen und ihren Organisationen aufgebaut werden.

Auf dieser Grundlage fordert der EL-Kongress einen umfassenden Wandel in der europäischen Digital- und Wirtschaftspolitik, der sich an Arbeitnehmerrechten, demokratischer Kontrolle und ökologischer Verantwortung orientiert und in die EU-Gesetzgebung aufgenommen wird. Die Europäische Linke fordert durchsetzbare Rechte auf Information, Anhörung und Mitbestimmung über algorithmische Systeme am Arbeitsplatz. Automatisierte Entscheidungsprozesse, die sich auf die Beschäftigungsbedingungen auswirken, müssen einer kollektiven Überprüfung und demokratischen Kontrolle durch die Arbeitnehmer*innen und ihre Vertreter*innen unterliegen. Produktivitätsgewinne aus der Digitalisierung müssen in kürzere Arbeitszeiten ohne Lohnverlust, sichere Beschäftigung und einen erweiterten Zugang zu Fortbildungen umgesetzt werden.

Diese Forderungen stehen in direktem Zusammenhang mit laufenden Gesetzgebungsverfahren der EU. Die Plattformarbeitsrichtlinie, die seit Dezember 2024 in Kraft ist, legt verbindliche Verpflichtungen hinsichtlich der Transparenz von Algorithmen und des Rechts der Arbeitnehmer auf Information fest, die bis Dezember 2026 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Im Dezember 2025 verabschiedete das Europäische Parlament einen Bericht zur Gesetzgebungsinitiative, in dem die Kommission aufgefordert wird, eine Richtlinie zum

algorithmisches Management am Arbeitsplatz vorzulegen, um diese Rechte auf alle Arbeitnehmer*innen auszuweiten, die von automatisierten Entscheidungsprozessen betroffen sind. Die Europäische Linke

unterstützt diese Initiative nachdrücklich und fordert die Kommission auf, unverzüglich einen Vorschlag vorzulegen.

Diese Konflikte lassen sich nicht allein auf den Arbeitsplatz reduzieren. Die Digitalisierung verändert den Alltag und ist eng mit Kämpfen um Wohnen, Mobilität, Pflege, Bildung, Migration und ökologische Nachhaltigkeit verbunden. Politische Antworten müssen daher aus kollektiven Erfahrungen an Arbeitsplätzen und in Gemeinschaften hervorgehen und sektorspezifische Konflikte mit breiteren Klassenbündnissen und gemeinsamen demokratischen Forderungen verknüpfen, anstatt die Digitalpolitik als separates oder rein technisches Thema zu behandeln.

Daten und digitale Infrastrukturen dürfen nicht länger als Waren zur privaten Akkumulation behandelt werden, sondern als wesentliche Grundlagen des sozialen Lebens und der demokratischen Teilhabe. Die Europäische Linke fordert öffentliche und genossenschaftliche digitale Infrastrukturen, die transparent und demokratisch verwaltet werden, mit offenen und interoperablen, öffentlich finanzierten Instrumenten und dem strategischen Einsatz öffentlicher Auftragsvergabe, um eine Abhängigkeit von privaten Monopolen zu verhindern.

Die eigene legislative Agenda der EU bestätigt den politischen Spielraum für diese Forderungen. Der „Cloud and AI Development Act“ (CADA, voraussichtlich 1. Quartal 2026) der Kommission und die „Strategie der Europäischen Datenunion“ vom November 2025 zielen darauf ab, europäische digitale Kapazitäten aufzubauen und die Abhängigkeit von US-Hyperscalern zu verringern. Die Europäische Linke begrüßt diese Schritte, besteht jedoch darauf, dass das öffentliche Interesse, demokratische Regierungsführung und Arbeitnehmerrechte zentrale Kriterien sein müssen und nicht nur nachträgliche Überlegungen. Öffentliche digitale Kapazitäten müssen dem Gemeinwohl dienen, nicht dem wettbewerbsorientierten Nationalismus.

Eine demokratische Digitalpolitik muss die ökologischen Folgen der Digitalisierung angehen. Energieverbrauch, Wasserverbrauch und Rohstoffgewinnung müssen einer demokratischen EU-Regulierung und durchsetzbaren Grenzen für die Ressourcennutzung unterliegen.

Zusammengenommen machen diese Herausforderungen deutlich, dass die digitale Monopolmacht nicht dem Ermessen der Unternehmen überlassen werden darf. Ein echter Wandel in der Digitalpolitik erfordert eine fortschrittliche Industriestrategie, die öffentliche Kapazitäten in zentralen digitalen Sektoren aufbaut, die Rechte der Arbeitnehmer*innen auf Mitbestimmung bei der technologischen Entwicklung stärkt und demokratische Kontrollmechanismen in die Wirtschaftsplanung innerhalb der EU-27 einbettet, einschließlich des Aufbrechen konzentrierter Machtstrukturen.

Diese Agenda knüpft an aktuelle Debatten in Brüssel und Straßburg an. Der Bericht des Europäischen Parlaments vom Juni 2025 über die europäische technologische Souveränität und der „Wettbewerbsfähigkeitskompass“ der Kommission (Januar 2025) machen den Abbau strategischer Abhängigkeiten zu einer zentralen Säule der EU-Industriepolitik. Die Europäische Linke teilt diesen Ansatz, besteht jedoch darauf, dass er mit demokratischen und sozialen Inhalten gefüllt werden muss: Diese Dynamik muss genutzt werden, um wirklich öffentliche digitale Kapazitäten aufzubauen, die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen an technologischen Entscheidungsprozessen zu verankern und zu verhindern, dass die „Souveränitäts“-Agenda zu einem Vorwand für die Privatisierung kritischer Infrastrukturen oder für die Schwächung sozialer und ökologischer Standards wird.

Der Kongress beauftragt den Vorstand der Europäischen Linkspartei, für das erste Halbjahr 2027 eine EU-weite Konferenz zur digitalen Wirtschaft und Arbeitermacht vorzubereiten. Diese sollte in enger

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Arbeiterkomitees, sozialen Bewegungen und insbesondere der digitalen Basisgemeinschaft organisiert werden, um eine kohärente klassenbasierte Strategie für die digitale Wirtschaft zu entwickeln sowie konkrete politische Schritte sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten einzuleiten.

Der Kampf um die digitale Wirtschaft ist keine technische Frage. Es ist ein Kampf um die Gestaltung der zukünftigen Wirtschaft, der Arbeit und des kollektiven Lebens. Die Europäische Linke verpflichtet sich, in diesem Bereich tätig zu werden, indem sie zu demokratischen, arbeitnehmer- und bürgerorientierten sowie ökologisch fundierten politischen Maßnahmen beiträgt.

Antrag

Für eine demokratische digitale Zukunft

Eine progressive Agenda für digitale Demokratie im Zeitalter von KI

I. Die digitale Frage der Demokratie

Die digitale Revolution hat die politischen, sozialen und kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaften verändert. Sie hat die Art und Weise neu geprägt, wie öffentliche Meinung gebildet wird, wie politische Teilhabe stattfindet und wie kollektive Entscheidungen getroffen werden.

Was als Versprechen von Demokratisierung und Offenheit begann, hat sich zu einem System entwickelt, das zunehmend in den Händen mächtiger privater Konzerne und undurchsichtiger Algorithmen konzentriert ist.

Das Zusammenspiel dreier Kräfte – soziale Medien, Fake News und künstliche Intelligenz (KI) – stellt eine dreifache Bedrohung für das demokratische Leben dar. Gemeinsam verstärken sie Desinformation, fragmentieren den öffentlichen Raum und untergraben das Vertrauen in Institutionen und Fakten.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) bekräftigt, dass der digitale Raum der Demokratie und der Gleichheit dienen muss. Die EL lehnt sowohl die libertäre Utopie unregulierter Plattformen als auch die autoritäre Versuchung von Überwachungsstaaten ab. Wir treten für eine demokratische Transformation der digitalen Ordnung ein, in der Informationen, Daten und Technologie als öffentliche Güter geregelt werden.

II. Die „dreifache Bedrohung“

1. Soziale Medien und die Privatisierung des öffentlichen Raums

Einst als Instrumente der Bürgerbeteiligung gefeiert, sind Social-Media-Plattformen zu privatisierten Echokammern geworden. Ihr Geschäftsmodell basiert auf Interaktion und Profit, nicht auf dem Gemeinwohl.

Algorithmen bevorzugen Empörung, Spaltung und emotionale Appelle gegenüber Dialog und verifizierten Informationen. Diese Dynamik begünstigt extremistische Narrative und erleichtert die Verbreitung von Fehlinformationen.

Die EL erkennt an, dass die digitale Öffentlichkeit ohne demokratische Regulierung und öffentliche Alternativen weiterhin anfällig für Manipulationen durch Unternehmen und rechtsextreme Akteure bleibt.

2. Fake News und die Krise der Wahrheit

Fake News fungieren als moderne Form der Propaganda. Sie zielen darauf ab, zu täuschen, zu polarisieren und die Glaubwürdigkeit des Journalismus und der Institutionen zu untergraben. Ihre virale Verbreitung – angetrieben durch algorithmische Verstärkung – schafft eine fragmentierte Realität, in der Lügen sich schneller verbreiten als die Wahrheit.

Die Aushöhlung einer gemeinsamen Faktengrundlage bedroht die Möglichkeit demokratischer Auseinandersetzung an sich.

3. Künstliche Intelligenz und die Verstärkung von Manipulation

KI-Technologien, insbesondere generative Modelle, sind in der Lage, synthetische Inhalte (Deepfakes, gefälschte Stimmen und Texte) zu produzieren, die von der Realität nicht zu unterscheiden sind. Ohne Regulierung wird KI zum „Megafon“ der Desinformation – sie personalisiert Propaganda extrem stark und nutzt psychologische Schwachstellen aus. Die Demokratisierung der Vorteile der KI erfordert strenge öffentliche Kontrolle, Transparenz und ethische Garantien.

III. Die Desinformationsmaschine der extremen Rechten

Die EL stellt fest, dass rechtsextreme Netzwerke zu den am besten organisierten und finanzstärksten Akteuren im Bereich der digitalen Manipulation geworden sind. Durch koordinierte „alternative Medien“, Influencer*innen und Bot-Netzwerke überschwemmen sie den digitalen Raum mit Inhalten, die darauf abzielen, Spaltungen zu schüren und Hass zu normalisieren. Diese Operationen werden durch undurchsichtige Finanzierungen gestützt – darunter ausländische und unternehmerische Quellen, die darauf aus sind, demokratische Prozesse zu destabilisieren.

Das kumulative Ergebnis zeigt sich in Verzerrungen der Wahlergebnisse in ganz Europa und darüber hinaus. Die Verteidigung der Demokratie erfordert daher eine kohärente progressive digitale Strategie von gleicher Raffinesse und Entschlossenheit.

IV. Eine progressive Agenda für digitale Demokratie

1. Die Rückeroberung der digitalen Gemeingüter

Die EL schlägt die Schaffung öffentlicher und demokratisch verwalteter digitaler Plattformen vor, die ein europäisches Netzwerk digitaler Gemeingüter („Euro-Net“) bilden. Diese Plattformen wären Open-Source, dezentralisiert und den Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig statt den Aktionären. Ihre Aufgabe wäre es, eine informierte Debatte, kulturelle Vielfalt und partizipative Demokratie zu fördern – frei von algorithmischer Manipulation. Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk im vergangenen Jahrhundert muss diese neue Infrastruktur Transparenz, Pluralismus und nichtkommerzielle Steuerung verkörpern.

2. Algorithmische Transparenz und Aufsicht

Die Logik, die der Verbreitung von Online-Inhalten zugrunde liegt, muss einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Die EL fordert verbindliche Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen auf allen großen Plattformen. Wir schlagen die Einrichtung einer europäischen Digitalaufsichtsbehörde vor, die mit Ermittlungsbefugnissen ausgestattet ist, um Algorithmen zu überprüfen, manipulative Gestaltungen zu sanktionieren und die Einhaltung ethischer Standards sicherzustellen. Algorithmische Rechenschaftspflicht ist keine Zensur – sie ist demokratische Kontrolle über Systeme, die den öffentlichen Diskurs prägen.

3. Stärkung des unabhängigen Journalismus und der Medienkompetenz

Freier, unabhängiger Journalismus bleibt für die Demokratie unverzichtbar. Doch er ist mit einer wirtschaftlichen Krise und Angriffen durch Desinformation konfrontiert. Die EL fordert öffentliche Investitionen in unabhängige, genossenschaftliche und investigative Medien durch direkte Finanzierung, europäische Programme und steuerliche Anreize.

Eine umfassende Strategie zur Medien- und Digitalkompetenz muss in Schulen, Universitäten und der Erwachsenenbildung umgesetzt werden. Die Bürger*innen sollten lernen, algorithmische Systeme zu verstehen, manipulative Inhalte zu erkennen und als kritische Teilnehmende in der digitalen Welt zu agieren.

4. Datenhoheit und kollektive Kontrolle

Die EL bekräftigt die Datenhoheit als neues demokratisches Recht. Persönliche und kollektive Daten müssen denen gehören, die sie generieren. Wir befürworten die Schaffung von Datentreuhandstellen – gemeinschaftlich geführte Einrichtungen, die Daten im öffentlichen Interesse verwalten. Über den Datenschutz hinaus stellt dieser Ansatz sicher, dass Daten dem sozialen Fortschritt, der öffentlichen Forschung und der Transparenz dienen – anstatt privater Ausbeutung oder politischer Manipulation.

5. Internationale Zusammenarbeit für eine globale digitale Governance

Desinformation und digitale Manipulation machen nicht an Grenzen Halt. Eine wirksame Regulierung erfordert transnationale Zusammenarbeit. Die EL unterstützt eine europäische Initiative für globale digitale Governance, die Grundsätze für KI-Ethik, Datennutzung und die Rechenschaftspflicht von Plattformen festlegt. Europa muss mit demokratischen Regierungen, der Zivilgesellschaft und internationalen Institutionen zusammenarbeiten, um eine geeinte Front gegen digitalen Autoritarismus und Desinformationsnetzwerke zu bilden.

V. Technologie im Dienste der Demokratie

Die EL lehnt jeden Fatalismus hinsichtlich der technologischen Vorherrschaft ab. Technologie ist kein Schicksal; sie ist ein Feld des politischen Kampfes. Das Ziel besteht nicht darin, sich vor Innovationen zurückzuziehen, sondern die Technologie zu demokratisieren – um sicherzustellen, dass KI, Daten und Netzwerke den Menschen dienen und nicht dem Profit. Die Verteidigung der Demokratie im digitalen Zeitalter erfordert neue kollektive Rechte:

- das Recht auf transparente Algorithmen
- das Recht auf verlässliche Informationen
- das Recht auf Mitbestimmung bei der Gestaltung digitaler Räume

Die Rückeroberung der digitalen Gemeingüter ist eine der entscheidenden Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Durch die Umgestaltung der Informationsarchitektur können wir Vertrauen wiederaufbauen, die Bürger*innen stärken und die europäische Demokratie sichern. Die Partei der Europäischen Linken verpflichtet sich, für diesen Wandel zu kämpfen – hin zu einer digitalen Zukunft, die auf Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde beruht.

Antrag

Die Europäische Linke muss in der Praxis zu einer feministischen europäischen Partei werden

Die Partei der Europäischen Linken bezeichnet sich selbst als feministische Partei. Sie hat sich historisch gesehen immer an der Seite feministischer Bewegungen positioniert und bekräftigt dieses Bekenntnis auch weiterhin. Doch Bekenntnisse allein bewirken noch keinen Wandel.

Heute besteht ein Widerspruch zwischen unserer erklärten feministischen Identität und unserer politischen Praxis. In einem System, das strukturell kapitalistisch und neoliberal ist und das Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung strukturell reproduziert, reicht es nicht aus, „mit“ feministischen Kämpfen zu stehen – wir müssen den Feminismus in den Kern unserer gesamten politischen Arbeit einbetten.

Die Feministische Versammlung auf dem 8. Kongress hat deutlich gemacht, dass feministische Politik innerhalb unserer eigenen Strukturen nach wie vor an den Rand gedrängt wird. Allein die Existenz einer „Feministischen Versammlung“ als Nebenprogramm spiegelt diesen Widerspruch wider. Feminismus darf nicht als Anhängsel, als paralleler Raum oder als Nebensache behandelt werden.

Diese Struktur reproduziert genau jene Ungleichheiten, die wir bekämpfen wollen. Von Frauen und feminisierten Genoss*innen wird erneut erwartet, dass sie eine Doppelbelastung tragen: sie sollen zur allgemeinen politischen Agenda beitragen und sich gleichzeitig separat organisieren, um sicherzustellen, dass feministische Perspektiven Gehör finden.

Wir lehnen diese Marginalisierung ab.

Die Wahl einer Ko-Präsidentschaft, bestehend aus einer Frau und einem Mann, ist ein wichtiger symbolischer Schritt. Doch Symbolik ohne strukturelle Veränderungen läuft Gefahr, zu einer Alibipolitik zu werden. Repräsentation allein reicht nicht aus, um patriarchale Machtverhältnisse innerhalb unserer Partei abzubauen.

Wenn wir uns als feministische Partei bezeichnen wollen, müssen wir uns auch so verhalten.

Dies erfordert einen grundlegenden politischen Wandel: Der Feminismus darf kein separater Bereich sein – er muss ein Rahmen sein, der all unsere Analysen, Strategien und Handlungen prägt. Deshalb fordern wir den Kongress auf, den Vorstand zu beauftragen:

- Eine intersektionale feministische Analyse systematisch auf alle politischen Positionen, Kampagnen und Strategien anzuwenden und dabei die Verflechtung von Klasse, Geschlecht, *race* und anderen Formen der Unterdrückung anzuerkennen.
- Die Behandlung feministischer Versammlungen als Nebenprogramm zu beenden, indem sie vollständig in die Kernstruktur aller Veranstaltungen, Kongresse und politischen Prozesse integriert werden.
- Sicherzustellen, dass feministische Perspektiven auf allen Ebenen der Partei präsent sind, mit Ressourcen ausgestattet werden und in die Entscheidungsfindung einfließen, anstatt auf separate Räume beschränkt zu bleiben.

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

- Interne Praktiken, die patriarchale Dynamiken reproduzieren – einschließlich der ungleichen Verteilung politischer Arbeit und Sichtbarkeit –, aktiv in Frage zu stellen und zu verändern.

Wir brauchen keine weiteren Erklärungen. Wir brauchen strukturelle Veränderungen. Eine feministische Europäische Linke darf nicht nur in Worten existieren – sie muss in der Praxis aufgebaut werden.

Antrag

2026 und darüber hinaus: Unsere feministische Agenda

Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt, dass der Feminismus eine zentrale Achse ihres politischen Projekts ist. In einem Kontext, der durch den Vormarsch der extremen Rechten, die Verschärfung neoliberaler Politik, die zunehmende Militarisierung und eine koordinierte patriarchalische Offensive auf globaler Ebene gekennzeichnet ist, halten wir es für dringend erforderlich, eine kollektive, sichtbare, nachhaltige und internationalistische feministische Strategie zu verfolgen.

Frauenrechte, soziale Rechte und demokratische Freiheiten stehen unter Beschuss. Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt zu, sexuelle und reproduktive Rechte werden in Frage gestellt, öffentliche Dienstleistungen werden geschwächt, und Kriegspolitik wird als vorherrschende Antwort propagiert. Diese Dynamiken sind eng miteinander verflochten und erfordern eine klar formulierte und strukturelle feministische Antwort.

Daher verpflichtet dieser Antrag die EL und ihre Mitgliedsorganisationen, ab 2026 die folgenden Prioritäten voranzutreiben:

1. Den politischen und sozialen Kalender mit feministischen Aktionen füllen

Die EL wird eine kontinuierliche feministische Präsenz im öffentlichen Raum sicherstellen, indem sie wichtige Termine politisiert und die europäische Koordination und Sichtbarkeit unserer Kämpfe stärkt.

Der **8. März (Internationaler Tag der Frauenrechte)** und der **25. November (Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen)** werden die zentralen Anlässe für Mobilisierung und politisches Handeln auf europäischer Ebene sein. Ebenso verpflichtet sich die EL, an anderen strategischen Terminen im Zusammenhang mit Menschenrechten, Gesundheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit aktiv zu werden und diese hervorzuheben, wobei stets die intersektionale Perspektive berücksichtigt wird:

- 7. April (Weltgesundheitstag)
- 28. Mai (Internationaler Aktionstag für die Gesundheit von Frauen)
- 24. Mai (Internationaler Frauentag für Frieden und Abrüstung)
- 10. Dezember (Tag der Menschenrechte)
- 18. Dezember (Internationaler Tag der Migranten)

Gegebenenfalls werden auch spezifische Mobilisierungen im Zusammenhang mit dem **31. März (Trans Visibility Day)** und dem **26. April (Lesbian Visibility Day)** unterstützt.

Die EL verpflichtet sich zudem, nationale feministische Mobilisierungen zu unterstützen, insbesondere dort, wo sie den antifaschistischen Kampf stärken und den Vormarsch der extremen Rechten eindämmen.

Kurzfristig ist eine feministische Präsenz bei der Demonstration am 14. Juni 2026 in Brüssel gegen Aufrüstung und Militarisierung unerlässlich.

2. Europäische Kampagnen für das Recht auf Selbstbestimmung stärken

Die EL wird europäische Kampagnen zur Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung über unseren Körper, unser Leben und unsere Mutterschaft verstärken und ausweiten. Dazu gehört auch die Stärkung der Mobilisierung rund um die Kampagne „My Voice, My Choice“.

4. [sic!] Die „5 %“-Kampagne: gegen Kürzungen und gegen Militarisierung

Die EL wird die Kampagne „#My5%“ weiterhin als strategische politische Initiative gegen Sozialkürzungen und steigende Militärausgaben vorantreiben.

Vor dem Hintergrund einer militaristischen Eskalation fordern wir, dass öffentliche Mittel vorrangig für das Gesundheitswesen, Bildung, Wohnraum, Pflegearbeit, soziale Dienste und öffentliche Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt eingesetzt werden.

Die „My5%“-Kampagne wird im öffentlichen Raum und an wichtigen Terminen des politischen und sozialen Kalenders sichtbar gemacht, um den feministischen Kampf mit sozialer Gerechtigkeit und dem Widerstand gegen Krieg zu verbinden.

5. Internationalistischer Feminismus und Allianzen ohne Grenzen

Die EL wird den feministischen Internationalismus stärken, indem sie den politischen Dialog, die Zusammenarbeit und die Solidarität mit feministischen Organisationen und sozialen Bewegungen weltweit, insbesondere im Globalen Süden, fördert.

Wir verpflichten uns, internationale feministische Räume und Veranstaltungen zu fördern und daran teilzunehmen sowie Solidaritätsnetzwerke gegen Krieg, Militarisierung, Kolonialismus, Autoritarismus und alle Formen der Unterdrückung zu stärken.

Ebenso werden wir daran arbeiten, breite Bündnisse aufzubauen, einschließlich sozialer Führungspersonlichkeiten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich feministischen Werten verpflichtet fühlen, mit dem Ziel, feministische Narrative in der Öffentlichkeit zu stärken und reaktionären und antifeministischen Diskursen entgegenzuwirken.

In diesem Sinne wird die Feministische Versammlung des Europäischen Forums weiterhin ein Mobilisierungsraum sein, der über Europa hinausgeht und die Stärkung von Verbindungen und Bündnissen mit feministischen Bewegungen und Aktivist*innen weltweit ermöglicht.

6. Kampf gegen Diskriminierung und Verteidigung inklusiver Rechte

Bei all ihren Aktivitäten bekräftigt die EL ihr Engagement für die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung sowie für die Verteidigung sozialer Rechte, der Gleichstellung und des Schutzes aller Frauen, einschließlich Migrantinnen und Frauen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert werden.

Die EL verpflichtet sich, aktiv gegen Hassreden und reaktionäre Politik vorzugehen, die die Rechte der Frauen angreifen und demokratische und soziale Rückschritte durchsetzen wollen.

Schlussfolgerung

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

Dieser Antrag fordert alle Strukturen und Mitgliedsorganisationen der EL auf, aktiv zur Umsetzung dieser gemeinsamen feministischen Agenda beizutragen. Angesichts koordinierter patriarchaler Offensiven brauchen wir koordinierte, sichtbare und nachhaltige feministische Reaktionen.

Nur durch kollektives, intersektionales und internationalistisches Handeln können wir ein Europa und eine Welt aufbauen, die auf Gleichheit, Würde, sozialer Gerechtigkeit und Frieden beruhen.

Antrag

Einen Internationalismus des Friedens aufbauen

In einer Welt, die ständig von den Kräften des Imperialismus und Faschismus erschüttert wird, muss die Partei der Europäischen Linken (EL) der feste Bezugspunkt für internationale Solidarität gegen die zunehmende Militarisierung sein. Dies betrifft nur die Arbeiterklasse und nicht die Eliten: Jeder Krieg ist ein Klassenkrieg, den die Oligarchen gegen die Arbeiterklasse führen.

Wir lehnen den derzeitigen Kurs der Europäischen Union (EU) in Richtung Krieg ab. Wir setzen uns für einen neuen Weg ein, der die Kriegswirtschaft abbaut, den Interessen und Gewinnen der Waffenhändler ein Ende setzt und eine solide Friedensarchitektur aufbaut.

Wir fordern einen radikalen Wandel in der EU-Außenpolitik. Wir lehnen ein militarisiertes Europa ab und kämpfen für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit; wir wollen sein Potenzial als Vermittler, Mediator und Verfechter der Diplomatie stärken

- **Antiimperialismus:** Widersetzen wir uns kapitalistischer, kolonialer und imperialistischer Herrschaft. Unterstützen wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
- **Völkerrecht:** Verteidigen wir die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht als die obersten Grundsätze für einen menschenwürdigen Lebensstandard.
- **Frieden & Sicherheit:** Wir lehnen die NATO-Erweiterung ab und fordern ein anderes kollektives Sicherheitssystem, das auf den Helsinki-Prinzipien basiert: globale menschliche Sicherheit durch die Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Bildung, Geschlechtergleichstellung sowie Zugang zu Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung. Oligarchen, die von Rüstung und Waffenverkäufen profitieren, stellen im Namen ihres Profitstrebens eine Bedrohung für unsere gemeinsame Sicherheit dar. Die Rüstungsindustrie muss unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.
- **Widerstand gegen die weltweite Aufrüstung, insbesondere die nukleare Aufrüstung:** Forderung nach Einhaltung und Unterstützung des Atomwaffensperrvertrags, des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen und des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen; alle multilateralen, bilateralen oder unilateralen Abrüstungsinitiativen sind willkommen. Die Verlängerung des kürzlich ausgelaufenen New-START-Vertrags ist dringend erforderlich. Alle Atomwaffen müssen aus Europa und weltweit entfernt werden, und es darf keine nukleare Verbreitung auf dem europäischen Kontinent geben. Bei den öffentlichen Ausgaben müssen soziale Bedürfnisse Vorrang vor Kriegswaffen haben.

Einen neuen Internationalismus aufbauen, Bündnisse stärken, Kampagnen durchführen

Unser Internationalismus muss institutionelles Handeln mit Grassroots-Aktivismus verbinden.

Wir legen den Schwerpunkt auf Zusammenarbeit und Vernetzung:

- **Strategische Allianzen:** Vertiefung der Beziehungen zu progressiven Bewegungen und Plattformen in Lateinamerika und der Karibik (insbesondere dem São-Paulo-Forum), in Afrika, im Nahen Osten und in Asien sowie zu den antiimperialistischen Kräften weltweit.

- Solidaritätsnetzwerke der Bürger*innen: Aktiver Aufbau von Netzwerken, die Gewerkschaften, Feminist*innen, Ökolog*innen, indigene Völker und Gruppen, die sich für demokratische Rechte, die Rechte der Völker und die Rechte von Migrant*innen einsetzen, miteinander verbinden.

Wir führen die europaweite Kampagne gegen die Militarisierung und Wiederbewaffnung Europas in Zusammenarbeit mit der 2025 gestarteten Kampagne „Stop Rearm Europe“ fort, die bereits zahlreiche Bewegungen und Parteien in ganz Europa vereint, sowie für den Abbau ausländischer Militärstützpunkte, beginnend mit US- und NATO-Stützpunkten in Europa.

Wir unterstützen und beteiligen uns an Kampagnen gegen die endlosen Kriege des Chaos, die von der US-Regierung unter Trump und der israelischen Regierung unter Netanjahu weltweit geführt werden, insbesondere im Nahen Osten (Gaza, palästinensische Gebiete, Libanon, Syrien, Irak, Türkei) und im Iran.

Wir unterstützen die progressive regionale Integration, insbesondere durch die Organisation von gemeinsamen Seminaren und Austauschprogrammen mit der CELAC (Lateinamerika und Karibik), der Afrikanischen Union und der ASEAN, um eine progressive Integration zu fördern, die die demokratischen Rechte der Völker achtet.

Wir engagieren uns im Internationalen Forum für Frieden und auf anderen Plattformen, um die internationale Solidarität zu stärken und gemeinsam Widerstand gegen die Militarisierung aufzubauen.

Wir fördern aktive politische Beziehungen zwischen europäischen progressiven und linken Parteien und ihren Partnern im Mittelmeerraum und in Westasien.

Wir nutzen diese Räume aktiv, um progressive Parteien, Gewerkschaften, Jugendbewegungen, soziale Bewegungen und die breite Zivilgesellschaft zu vereinen und eine Alternative zum derzeitigen Anstieg globaler Gefahren zu formulieren, einschließlich des gefährlichen Aufstiegs der extremen Rechten mit ihren eigenen transnationalen Netzwerken, Geldgebern und Desinformationstaktiken.

Die Partei der Europäischen Linken hat die Pflicht, zu einem der Motoren einer neuen internationalistischen Hoffnung zu werden.

Empfohlene Rolle der Internationalen Kommission der EL

Die Internationale Kommission (die sich insbesondere aus den Leitungen der internationalen Arbeit der Mitglieds-, Beobachter- und Partnerparteien zusammensetzt und von einem auf dem Kongress gewählten Mitglied des Politischen Sekretariats koordiniert wird) sollte:

- Beschlüsse umsetzen und die politischen Leitlinien des Kongresses ausführen.
- die Maßnahmen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR/VP) sowie der zuständigen Ausschüsse im Europäischen Parlament überwachen und unverzüglich darauf reagieren.
- Debatten vorbereiten: dem Vorstand politische Berichte vorlegen und Anhörungen mit internationalen progressiven Kräften organisieren.
- die Arbeit mit anderen Strukturen (Netzwerken oder Arbeitsgruppen) koordinieren, um konkrete Kampagnen zu entwickeln.

Antrag

Zur Verteidigung Kubas und gegen die von den USA verhängte Blockade

Die Partei der Europäischen Linken (EL) bringt ihre tiefe Empörung über die Lage zum Ausdruck, in der sich das kubanische Volk derzeit befindet, das seit mehr als sechs Jahrzehnten einer wirtschaftlichen, handelspolitischen und finanziellen Blockade durch die USA ausgesetzt ist, die nun auf ein unmenschliches Ausmaß verschärft wurde.

Diese Blockade verstößt nicht nur gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts, sondern stellt auch eine anhaltende Aggression gegen die Souveränität eines Staates und die Würde seines Volkes dar.

Weit davon entfernt, wie in UN-Resolutionen gefordert aufgehoben zu werden, wurde diese Blockade in den letzten Jahren durch einseitige Zwangsmaßnahmen verschärft, die darauf abzielen, der Insel den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen zu verwehren, darunter Öllieferungen aus Ländern, die rechtmäßig mit Kuba Handel treiben wollen.

Diese Maßnahmen, die darauf abzielen, das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes zu ersticken, haben direkte Auswirkungen auf das tägliche Leben von Millionen von Menschen, beeinträchtigen das Energiesystem, schränken die Produktion ein, behindern das Funktionieren grundlegender Dienstleistungen und untergraben die Entwicklungskapazitäten einer Nation, die seit Jahrzehnten ein vorbildliches Engagement für die medizinische, bildungspolitische und humanitäre Zusammenarbeit in vielen Teilen der Welt gezeigt hat.

Die Außenpolitik der USA ist Teil einer langen Geschichte von Einmischung und Druckausübung, wodurch Kuba zu einem Glied in einer umfassenderen Kette imperialistischer Praktiken, Einmischungen und Destabilisierungsmaßnahmen wird, die darauf abzielen, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Völker weltweit zu kontrollieren. Lateinamerika und die Karibik wurden jedoch zu einer „Zone des Friedens“ erklärt, und diese Aggressionen stellen daher auch einen direkten Verstoß gegen diese regionale Verpflichtung dar.

Die EL verurteilt aufs Schärfste das Schweigen der Europäischen Union und der Mehrheit der nationalen Regierungen zur Lage in Kuba. Indem sie es nicht nur unterlassen, konkrete Maßnahmen gegen die Extraterritorialität der US-Sanktionen zu ergreifen, sondern auch darauf verzichten, das Thema der Blockade in internationalen Foren politisch anzusprechen, zeigen diese Politiker eine stillschweigende Übereinstimmung mit den Positionen von Donald Trump und Marco Rubio. Angesichts dieser Situation fordert die EL einen klaren Bruch mit dieser Logik der Anpassung und die Umsetzung einer wahrhaft autonomen europäischen Politik, die auf Solidarität unter den Völkern, internationaler Zusammenarbeit, Multilateralismus und der wirksamen Verteidigung der staatlichen Souveränität gegen alle Formen der Herrschaft beruht.

Die Partei der Europäischen Linken ist der Ansicht, dass keine Nation dafür bestraft werden darf, dass sie ihre Souveränität ausübt, und dass kein Staat das Recht hat, durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen Bedingungen aufzuerlegen, die die rechtliche Gleichheit zwischen den Ländern verletzen. Die von den USA betriebene Politik der Blockade und des Drucks stellt einen eklatanten Verstoß gegen diese Grundsätze dar.

und ist ein Hindernis für die regionale Stabilität, die internationale Zusammenarbeit und den Aufbau einer Weltordnung, die auf Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt beruht.

Daher fordert die EL die sofortige Aufhebung der Blockade und die Rücknahme aller Maßnahmen, die Kuba daran hindern, freien Handel zu treiben, Zugang zu Energieressourcen zu erhalten und normale Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern zu unterhalten, die dies wünschen. Sie fordert die Europäische Union und die gesamte internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, eine entschlossene Haltung einzunehmen, die im Einklang mit dem Völkerrecht steht, indem sie die extraterritoriale Anwendung der US-Sanktionen ablehnt und sicherstellt, dass Kuba Öl und andere lebenswichtige Güter ohne Drohungen oder Repressalien erhalten kann.

Die EL, die am 21. März 2026 am internationalen Konvoi „Nuestra América“ teilgenommen hat, wird weiterhin an der Seite derer stehen, die den aktiven Internationalismus und den Willen von Tausenden von Menschen verkörpern, die Ungerechtigkeit der Blockade öffentlich anzuprangern und dem kubanischen Volk in seinem Widerstand beizustehen.

Getreu ihrem Engagement für Frieden, Völkerzusammenarbeit und die Verteidigung der nationalen Souveränität als unverzichtbare Grundlage jedes demokratischen Projekts bekräftigt die EL ihre unerschütterliche Unterstützung für das kubanische Volk und ihre Entschlossenheit, gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften weltweit daran zu arbeiten, die Blockade zu beenden und einen Weg zu Gerechtigkeit, Würde und Entwicklung für alle zu ebnen.

Antrag

Widerstand gegen Trump. Grönland hat das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, sein Zukunft selbst zu gestalten.

Die Arktis ist seit langem als friedliche und kooperative Region bekannt. Die Bevölkerung Grönlands sieht sich nun Trumps anhaltender Aggression, seinem Druck und seinen ständigen Drohungen einer Übernahme „auf die eine oder andere Weise“ und „egal was passiert“ ausgesetzt. Er führt „Gründe der nationalen Sicherheit“ an, um das Interesse an Grönland zu erklären, wo das US-Militär seit dem Zweiten Weltkrieg präsent ist. Die Souveränität wurde dadurch beeinträchtigt, dass den USA Zugang zu Stützpunkten, großen Übungsgebieten und Transportwegen gewährt wurde.

Nach dem Angriff auf Venezuela im Januar 2026 rechnete die dänische Regierung mit einer militärischen Intervention der USA in Grönland und bereitete sich darauf militärisch in engem Kontakt mit wichtigen europäischen Verbündeten vor. Zum ersten Mal fanden die EU-Länder vor dem Hintergrund der militärischen Bedrohung eines Landes innerhalb des NATO-Bündnisses durch die USA zu einer gemeinsamen Haltung. Eine militärische Besetzung Grönlands durch die USA würde das Ende der NATO in der Praxis bedeuten.

Leider folgen die europäischen Länder jedoch nach wie vor der Trump-Agenda hinsichtlich der Militarisierung Grönlands und der Arktis, in der Annahme, dies könne sich positiv auf Trump auswirken. Die NATO hat kürzlich beschlossen, eine neue NATO-Mission namens „Arctic Sentry“ unter Beteiligung der USA zu starten, was die Aussicht auf eine beispiellose NATO-Expansion in Grönland und der Arktis mit sich bringt, die in die Selbstbestimmung des grönländischen Volkes eingreifen würde. Dies wird ein Wettrüsten in der Arktis beschleunigen und die strategischen Interessen sowie Investitionen der USA, Dänemarks und des Westens in der Region verstärken, was die vom Arktischen Rat, der das Inuit-Volk der Region vertritt, ursprünglich angestrebte entmilitarisierte und friedliche Arktis gefährdet.

Die Europäische Linke lehnt es entschieden ab, dass Grönland zu einem Schauplatz militärischer Spannungen und eines Wettrüstens wird.

Die geopolitische Bedeutung Grönlands darf die Rechte der indigenen Völker nicht außer Kraft setzen. Die schrumpfende Eismasse rund um den Nordpol, die den Zugang zu Ressourcen erleichtert, kann die geplante Militarisierung nicht rechtfertigen. Behauptungen über aktuelle Bedrohungen für die Arktis durch andere Länder (vor allem Russland und China) lassen sich nur schwer belegen.

Der Hauptgrund für das erneute Interesse an der Arktis ist, dass der Klimawandel die Region zugänglicher macht. Der Klimawandel könnte neue wirtschaftliche Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in der Arktis eröffnen.

Die Bevölkerung Grönlands (Kalaallit Nunaat) macht deutlich, dass die Völker der Arktis keine Handelsware sind, die gekauft oder verkauft werden kann. Die Europäische Linke unterstützt die Bevölkerung Grönlands und andere indigene Völker in der Arktis in ihrem Kampf um das ausschließliche Recht, über ihren politischen Status zu entscheiden.

„Wir wollen keine Amerikaner werden, wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Grönländer sein.“ Das Ziel der Grönländer ist ein dekolonisiertes und entmilitarisiertes Grönland. Ihr langjähriger Kampf für die Entkolonialisierung begann in den frühen 1960er Jahren. Dreißig Jahre später ebnete dies den Weg für die Grönländer, ihr Verfassungsvertrag mit Dänemark zu ändern, unter anderem durch die Erlangung der Unabhängigkeit. Die allgemeine politische Linie in Grönland lautet, dass, obwohl es unterschiedliche Ansichten zu Übergang und Veränderung des verfassungsrechtlichen Status gibt, dies im Rahmen des im Gesetz über die Selbstverwaltung festgelegten Prozesses erfolgen sollte.

Die Haltung der USA gegenüber Grönland muss als Fortsetzung der Monroe-Doktrin betrachtet werden, die von dem Bestreben getrieben ist, eine militärische Präsenz zu sichern. In der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsstrategie (Januar 2026) wird Grönland ausdrücklich als Schlüsselgebiet bezeichnet, in dem die USA beabsichtigen, sich militärischen und kommerziellen Zugang zu sichern, und in dem Besorgnis über den wachsenden Einfluss anderer Länder, vor allem Russlands und Chinas, herrscht.

Die US-Nationale Sicherheitsstrategie von 2025 markiert einen grundlegenden Bruch mit der regelbasierten Weltordnung und bekräftigt, dass „die Interessen der USA nun darin bestehen, ihre nationalen Interessen durch nationale Souveränität, Macht und das Gesetz des Dschungels zu schützen“. Trump beruft sich auf die Notwendigkeit, die militärische Präsenz der USA in der Arktis auszubauen, ohne Rücksicht auf Diplomatie und die Rechte der Inuit. Es wird sich gegen Bedrohungen aus der Luft durch den Bau des Raketenabwehrsystems „Golden Dome for America“ verteidigen.

In der aktuellen Situation hat sich das grönländische Parlament (Inatsisartut) dafür entschieden, Unterstützung bei der EU und den europäischen NATO-Mitgliedstaaten zu suchen. Dies ist verständlich, aber es ist kein Weg zur grönländischen Unabhängigkeit.

Die Europäische Linke unterstützt das Recht der Grönländer, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, sowie das Recht Dänemarks, das Land so lange zu unterstützen, wie die Grönländer dies wünschen. Wir unterstützen zudem das Recht der Grönländer und aller anderen Völker, sich vom Kolonialismus und dessen Folgen zu befreien.

Antrag

Schluss mit der Prekarisierung – Für Regularisierung, Freizügigkeit und gleiche Rechte für alle Arbeitsmigrant*innen

Die europäische Migrationspolitik grenzt nicht nur aus – sie schafft Prekarität. Durch restriktive Aufenthaltsregelungen, eingeschränkten Zugang zu Rechten und ständige Abschiebungsdrohungen schafft sie eine Arbeitskraft, die bewusst in einer prekären Lage gehalten wird, die entbehrlich und ausbeutbar ist.

Dieses System ist nicht nur durch Ausgrenzung, sondern auch durch selektive Einbeziehung gekennzeichnet. Der Zugang zu Aufenthaltsrechten und Mobilität wird durch die soziale Klasse bestimmt: Hochqualifizierte Arbeitskräfte profitieren von einem leichteren Zugang, während andere keine Optionen haben oder auf befristete, an Bedingungen geknüpfte Aufenthalts- und Arbeitsprogramme beschränkt sind.

Diese Mechanismen institutionalisieren Abhängigkeit. Sie schränken die Mobilität ein, beschneiden Rechte und erschweren den Arbeitsplatzwechsel sowie die gewerkschaftliche Organisation. Sichere und zugängliche Wege werden für die Mehrheit der Menschen systematisch blockiert. Diese Selektivität schafft Prekarität.

Die geplante Rückführungsverordnung verstärkt dieses System. Anstatt die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der EU anzugehen, zielt sie darauf ab, Abschiebungen zu intensivieren und die Kontrolle auszuweiten. Es droht die Einrichtung sogenannter „Rückführungszentren“ in Drittländern und verstärkte Abschiebekampagnen. Sie ignoriert eine grundlegende Realität: Menschen bleiben und leben im Verborgenen, der Illegalisierung ausgesetzt. Sie bauen sich ein Leben auf, arbeiten und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil – während ihnen Sicherheit und Rechte verwehrt bleiben.

Die Kategorie der sogenannten „nicht-rückführbaren“ Migrant*innen macht dies besonders deutlich. Sie institutionalisiert einen dauerhaften Zustand der Abschiebbarkeit und Rechtsunsicherheit.

Ein System, das Rechte vom Aufenthaltsstatus abhängig macht, erzeugt von vornherein Ungleichheit. Es schafft eine Hierarchie von Rechten und macht den Rechtsstatus zu einem Kontrollinstrument. Es spaltet die Arbeiter*innenklasse und schwächt den kollektiven Widerstand.

Diese Bedingungen sind untrennbar mit der Ausbeutung von Arbeitskräften verbunden. Migrant*innen werden in schlecht bezahlte, unsichere Sektoren wie Pflege, Landwirtschaft, Bauwesen, Logistik, Reinigungsbranche und Plattformarbeit gedrängt. Ihre rechtliche Vulnerabilität wird genutzt, um die Arbeitskräfte zu disziplinieren, Löhne zu drücken und gewerkschaftliche Organisation zu untergraben.

Migrationspolitik fungiert somit als Arbeitsmarktpolitik – im Interesse des Kapitals.

Das ist Klassenpolitik, geprägt von Rassismus und Geschlechterungleichheit. Rassifizierte Arbeitskräfte, Frauen und nicht-binäre Menschen sind überproportional von prekären Arbeitsverhältnissen, Gewalt und dem Ausschluss von Schutzmaßnahmen betroffen. Wo Rechte vom Status abhängen, wird Ausbeutung strukturell.

Doch diese Zustände sind nicht unvermeidlich. Sie sind politisch geschaffen – und sie können verändert werden.

Spaniens jüngste Regularisierungsinitiative zeigt, dass es Alternativen gibt. Rechtliche Prekarität ist eine politische Entscheidung. Regularisierung stärkt Rechte, verbessert Arbeitsbedingungen und stabilisiert Gesellschaften.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Plattformarbeit wird darüber entscheiden, ob neue Formen der digitalen Arbeit die Ausbeutung vertiefen oder die Arbeitsrechte von Migrant*innen stärken. Gleichzeitig führt die Reform der EU-Richtlinie über die Rechte von Opfern das Konzept der „Firewall“-Schutzmaßnahmen ein, die die Weitergabe der Daten von Migrant*innen an Migrationsbehörden verhindern. Diese Schutzmaßnahmen müssen fest verankert und ausgeweitet werden.

Das Fehlen sicherer und legaler Fluchtwege zwingt Menschen dazu, irreguläre Routen zu nehmen, und reproduziert genau jene Prekarität, die die europäische Politik angeblich bewältigen will. Es bedarf eines anderen Ansatzes: sicherer Aufenthalt, gleiche Rechte und Freizügigkeit.

Eine Antwort der Linken darf sich nicht auf die Bewältigung der Prekarität beschränken. Sie muss das System abbauen, das sie hervorbringt.

Die Europäische Linke fordert:

- ein verbindliches und einklagbares Recht auf Legalisierung für alle Menschen, die ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Europa leben, insbesondere für die in der Rückführungsverordnung als „nicht-rückführbar“ bezeichneten Personen,
- einen grundlegenden Wandel hin zu sicheren und bedingungslosen Aufenthaltsstatus anstelle von befristeten, widerrufbaren und an Auflagen gebundenen Aufenthaltsgenehmigungen,
- sichere und zugängliche Fluchtwege nach Europa, einschließlich Visa und eines erweiterten Zugangs zu Mobilität für alle Arbeitnehmer*innen,
- die Ablehnung von Abschiebungsinfrastrukturen, sogenannter „Rückführungszentren“ in Drittstaaten sowie aller Formen der Externalisierung, Ausweitung und Verschärfung der Rückführungspolitik,
- umfassende und durchsetzbare Arbeitsrechte für alle Arbeitnehmer*innen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, auch in plattformbasierten und anderen prekären Sektoren,
- eine rechtsbasierte Umsetzung der EU-Richtlinie über Plattformarbeit, die Wanderarbeiter*innen wirksam schützt,
- einen verbesserten Zugang zu gewerkschaftlicher Organisation und Tarifverhandlungen für Wanderarbeiter*innen,
- die verbindliche Einführung und Ausweitung von „Firewall“-Schutzmaßnahmen im EU-Recht, um sicherzustellen, dass der Zugang zur Justiz und der Opferschutz nicht durch die Durchsetzung von Migrationsrecht untergraben werden,
- Aufenthaltsgenehmigungen für Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung, die unabhängig von der Mitwirkung an Strafverfahren sind,

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

- die Ratifizierung und Umsetzung internationaler Menschen- und Arbeitsrechtsstandards, einschließlich der UN-Konvention über Wanderarbeiter*innen.

Antrag

Verteidigung des Rechts auf Asyl und der Menschenrechte – Gegen den autoritären Wandel in Europa

Migration ist die Mutter aller Gesellschaften. Sie ist keine Ausnahme, keine „Krise“. Menschen sind schon immer gewandert – um zu überleben, um Gewalt und Kriegen zu entkommen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Migration ist Ausdruck menschlicher Freiheit, sozialer Beziehungen und globaler Vernetzung.

Die europäische Asylpolitik leugnet diese Realität. Anstatt Schutz und den Zugang zu Rechten zu garantieren, ist sie zunehmend auf Abschreckung, Ausgrenzung und die systematische Einschränkung von Rechten ausgerichtet. Die Asylpolitik ist zu einem zentralen Instrument einer umfassenderen autoritären Transformation geworden, die die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit untergräbt.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung. Grenzverfahren, haftähnliche Bedingungen und beschleunigte Verfahren mit stark eingeschränktem Zugang zu Rechtsschutz und Beratung werden massiv ausgeweitet. Der Zugang zu Asyl wird eingeschränkt, während die Kontrolle an die Grenzen verlagert wird. Das Recht auf Asyl wird in der Praxis untergraben.

Ein zentraler Streitpunkt ist das sogenannte „Verbindungselement“ im Konzept der sicheren Drittstaaten. Seine Abschaffung würde Abschiebungen in Staaten ermöglichen, zu denen die betroffene Person keine nennenswerte Verbindung hat. Dies würde den Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement) untergraben und die systematische Auslagerung von Asylverantwortung ermöglichen.

Diese Entwicklungen sind Teil eines umfassenderen politischen Rechtsrucks. Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) haben Sozialdemokrat*innen und Grüne Forderungen der Rechten übernommen und damit eine Einigung ermöglicht, die einen historischen Rückschritt bei den Asylrechten darstellt. Bei den Verhandlungen über die Rückführungsverordnung haben Mitglieder der Europäischen Volkspartei mit rechtsextremen Akteuren zusammengearbeitet. Die Asyl- und Migrationspolitik ist zu einem zentralen Schauplatz geworden, auf dem rechtsextreme Positionen normalisiert und in Gesetze umgesetzt werden.

Gleichzeitig stehen die Grundlagen des europäischen Menschenrechtssystems unter Druck. Das absolute Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gemäß Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention wird im Kontext von Asyl und Migration zunehmend in Frage gestellt. Jede Schwächung dieses Schutzes würde nicht nur schutzsuchende Menschen betreffen – sie würde eine der zentralen Garantien der europäischen Rechtsordnung untergraben.

FRONTEX ist ein zentraler Akteur in diesem System. Die Agentur ist an Zurückweisungen beteiligt, verhindert aktiv Rettungsmaßnahmen auf See und kooperiert mit Akteur*innen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Ihr Mandat wird immer weiter ausgeweitet, während die Rechenschaftspflicht nach wie vor unzureichend ist. Die jüngste Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union hat die rechtliche Verantwortung von FRONTEX für Menschenrechtsverletzungen gestärkt. Dies eröffnet Möglichkeiten, diese Praktiken vor Gericht anzufechten. Um FRONTEX zur Rechenschaft zu ziehen, bedarf es mehr als nur Kritik.

Organisationen, die Migrant*innen dabei unterstützen, Fälle vor europäische Gerichte zu bringen, sind unverzichtbar. Sie müssen politisch und organisatorisch unterstützt werden. Gleichzeitig wird humanitäre Hilfe zunehmend kriminalisiert. Diejenigen, die Schutzsuchende retten, unterstützen oder beraten, werden als das Problem behandelt, während die Gewalt an den Grenzen zur Normalität wird.

Die selektive Gewährung von Schutz offenbart den politischen Charakter der europäischen Asylpolitik. Die den aus der Ukraine fliehenden Menschen gewährten Rechte haben gezeigt, dass Schutz ohne Lager, Abschreckung und Ausgrenzung möglich ist. Dass dies nicht auf andere ausgeweitet wird, offenbart die rassistischen und geopolitischen Hierarchien, die in der europäischen Asylpolitik verankert sind.

Die Asylpolitik ist zu einem zentralen Schauplatz des politischen Kampfes geworden. Es geht nicht nur um das Recht auf Asyl, sondern um die Zukunft der Menschenrechte und der Demokratie in Europa.

Die Europäische Linke verpflichtet sich:

- das Recht auf Asyl und den Grundsatz der Nichtzurückweisung gegen alle Versuche zu verteidigen, diese zu untergraben, insbesondere gegen die Abschaffung des Verbindungselements in Konzepten zum sicheren Drittstaat,
- die uneingeschränkte und bedingungslose Anwendbarkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention zu verteidigen, insbesondere den absoluten Schutz gemäß Artikel 3,
- der Normalisierung rechtsextremer Migrationsagenden innerhalb europäischer Institutionen entgegenzutreten und diese aufzudecken,
- die Umsetzung des GEAS systematisch zu überwachen und öffentlich zu dokumentieren, einschließlich Grenzverfahren, Inhaftierungspraktiken und Menschenrechtsverletzungen,
- FRONTEX durch politischen Druck, öffentliche Aufdeckung und strategische Rechtsstreitigkeiten zur Rechenschaft zu ziehen,
- Organisationen, die Migrant*innen dabei unterstützen, Fälle vor europäische Gerichte zu bringen, politisch und organisatorisch aktiv zu unterstützen,
- Bündnisse mit Migrant*innenorganisationen, Gewerkschaften, feministischen und antirassistischen Bewegungen zu schmieden und diese Kämpfe in die Parlamente und die Öffentlichkeit zu tragen.
- Sich für eine Aufhebung Vereinbarungen, Absichtserklärungen und Memoranden mit Drittstaaten, die von einzelnen Mitgliedstaaten oder von der EU geschlossen wurden und in der Praxis zu kollektiven Zurückweisungen, Schiffbrüchen und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung führen, einzusetzen

Die Europäische Linke gegen Remigration

Rechte Kräfte in Europa – die in Ländern wie Italien an der Macht sind und in anderen an Boden gewinnen – haben in Migranten und Flüchtlingen einen gemeinsamen Feind. In einigen Ländern werden Initiativen unter dem Motto „Remigration“ vorangetrieben. Die extreme Rechte möchte gerne Millionen von Bürger*innen mit Migrationshintergrund zurückführen. Die Europäische Linke (EL) wird sich mit allen Mitteln gegen die Umsetzung dieses Plans wehren, und zwar aus den ethischen und politischen Gründen, auf denen die Union gründen muss: den Prinzipien der Solidarität, der Gleichheit und des gleichberechtigten Zugangs zu Rechten. Die EL wird sich diesem Plan widersetzen, da er die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts bedeutet. Würde er umgesetzt, würde er wirtschaftliche und kulturelle Katastrophen hervorrufen und zu einem Instrument der Klassenunterdrückung werden. Remigration ist das Werkzeug der herrschenden Klasse, um die unterdrückten Klassen zu spalten; dies muss unser gemeinsamer Leitgedanke sein.

Antrag

Gemeinsamer Besuch der Europäischen Linken (EL) und ihres Jugendnetzwerks (ELYN) der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Faschismus

Auschwitz ist zum zentralen Symbol des Holocaust und der vom Nazi-Regime begangenen Verbrechen geworden. Allein an diesem Ort wurden mehr als eine Million Jüdinnen und Juden systematisch ermordet, neben Hunderttausenden weiterer Opfer, darunter Roma und Sinti, politische Gefangene, Kriegsgefangene, Menschen mit Behinderungen und andere vom Nazi-Regime Verfolgte. Diese Verbrechen waren das Ergebnis eines bürokratisch organisierten und industriell durchgeführten Systems des Völkermords, das in faschistischer Ideologie, Rassismus und Antisemitismus verwurzelt war.

Heute steht Auschwitz als ständige Mahnung an die Menschheit. Es erinnert uns an die katastrophalen Folgen von Hass, Antisemitismus, Rassismus und Faschismus, wenn man ihnen freien Lauf lässt. Die Erinnerung an die Opfer verpflichtet uns, wachsam zu bleiben und Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde aktiv zu verteidigen.

Die Lehren der Geschichte dürfen jedoch nicht als selbstverständlich angesehen werden. In ganz Europa und darüber hinaus erleben wir den besorgniserregenden Aufstieg rechtsextremer Bewegungen, nationalistischer und autoritärer Politik sowie die Normalisierung antisemitischer und rassistischer Diskurse. Antisemitismus manifestiert sich weiterhin in vielen Formen in den europäischen Gesellschaften, und Angriffe auf jüdische Gemeinschaften und andere Minderheiten geben nach wie vor Anlass zu großer Sorge.

Als Partei der Europäischen Linken bekräftigen wir unsere historische und politische Verantwortung, das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Faschismus zu bewahren und uns aktiv gegen alle Formen von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus zu stellen. Die Erinnerung an die Vergangenheit ist nicht nur ein Akt des Gedenkens, sondern auch eine politische Verpflichtung, demokratische Werte, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität in der Gegenwart zu verteidigen.

Das Anhören der Berichte von Überlebenden, der Besuch von Gedenkstätten und die Aufklärung jüngerer Generationen über die Verbrechen des Faschismus sind wesentliche Elemente dieser Verantwortung. Für die Europäische Linke und ihre Jugendorganisation ist die Stärkung des historischen Bewusstseins und der politischen Bildung ein entscheidender Teil des Kampfes gegen zeitgenössische Formen von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Daher schlägt die Europäische Linke vor, eine gemeinsame Delegation aus Vertreter*innen der Partei der Europäischen Linken und des European Left Youth Network (ELYN) zu organisieren, um die Gedenkstätte und das Museum Auschwitz-Birkenau zu besuchen. Dieser Besuch soll als Akt des Gedenkens an die Opfer, als Moment der kollektiven Reflexion über die historische Verantwortung der europäischen Gesellschaften und als Gelegenheit für politische Bildung und den Dialog zwischen Generationen von Aktivist*innen dienen.

Die Delegation wird an geführten Bildungsaktivitäten an der Gedenkstätte teilnehmen und Diskussionen über die historische Bedeutung von Auschwitz, das Gedenken an den Holocaust und den heutigen Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus führen.

Die EL beschließt

- eine gemeinsame Delegation aus Vertreter*innenn der Partei der Europäischen Linken und des European Left Youth Network (ELYN) zu organisieren, um die Gedenkstätte und das Museum Auschwitz-Birkenau zu besuchen.
- sicherzustellen, dass der Besuch Bildungsaktivitäten, historische Führungen und Diskussionen umfasst, die darauf abzielen, das Bewusstsein für die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Bedeutung der Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Faschismus in der heutigen Zeit zu stärken.
- die Teilnahme junger Aktivist*innen aus ganz Europa zu fördern, um das historische Gedächtnis und die politische Bildung unter den neuen Generationen der Europäischen Linken zu stärken.
- diese Initiative durch die Mitgliedsparteien der Europäischen Linken mitzufinanzieren und zu unterstützen, um eine breite Beteiligung aus dem gesamten EL-Netzwerk sicherzustellen.
- durch diese Initiative das Engagement der Europäischen Linken für Erinnerung, Antifaschismus, Solidarität und den fortwährenden Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und alle Formen des Rechtsextremismus in Europa zu bekräftigen.

Antrag

Von der repräsentativen Demokratie zur Volksherrschaft

In ganz Europa fühlen sich die Menschen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen, die ihr tägliches Leben prägen. Alle paar Jahre zur Wahl zu gehen, reicht nicht aus, wenn die Macht konzentriert ist, wenn Institutionen unterwandert sind und wenn die Unsicherheit dauerhaft ist. Die Krise der Demokratie ist keine Krise der „Partizipation“ im abstrakten Sinne – es ist eine Krise der Macht: Wer entscheidet, in wessen Interesse und unter welcher Kontrolle.

Heute gibt es keine technischen oder praktischen Ausreden mehr dafür, Demokratie auf die reine Repräsentation zu beschränken. In der Vergangenheit wurden repräsentative Systeme oft mit der Schwierigkeit begründet, die Stimmen ganzer Gemeinschaften und Nationen zu hören, zu sammeln und einzubeziehen. Doch im 21. Jahrhundert verfügen wir über die Mittel, um die Beteiligung zu erweitern: digitale Kommunikation, sichere öffentliche Plattformen, barrierefreie Geräte und die Fähigkeit, Online-Engagement mit Offline-Versammlungen zu verbinden.

Die Frage ist daher nicht mehr, ob eine breite Beteiligung möglich ist – sondern ob politische Institutionen bereit sind, Macht zu teilen und eine inklusive demokratische Infrastruktur aufzubauen, die es den Menschen ermöglicht, zu beraten, Vorschläge zu machen und zu entscheiden.

Wir erkennen auch an, dass das derzeitige Modell veraltet und untragbar ist – sozial, wirtschaftlich und ökologisch. Die Alternative kann nicht hinter verschlossenen Türen entworfen und dann der Gesellschaft „geliefert“ werden. Wenn wir das Vertrauen wiederherstellen und ein neues System schaffen wollen, das die Menschen verteidigen werden, müssen wir es gemeinsam mit ihnen gestalten.

Direkte und partizipative Demokratie ist nicht nur eine Methode, eine bessere Gesellschaft zu regieren; sie ist die Methode, durch die eine bessere Gesellschaft aufgebaut werden muss. Das bedeutet, den Menschen zu ermöglichen, Vorschläge zu machen, mitzugestalten und zu entscheiden – und nicht bevormundet, belehrt oder mit vorgefertigten Plänen von oben konfrontiert zu werden.

Die Europäische Linke kämpft für eine Transformation der Demokratie: von einem Modell, in dem die Bürger*innen Zuschauer*innen sind, hin zu einem Modell, in dem die Menschen Mitgestalter*innen politischer Entscheidungen sind. Wir verteidigen die gewählte Vertretung gegen autoritäre Angriffe – aber wir lehnen die Vorstellung ab, dass Demokratie mit der Vertretung endet. Demokratie muss als gelebte Volkssouveränität aufgebaut werden, verwurzelt in Gleichheit, sozialen Rechten und kollektiver Selbstverwaltung.

Wir kämpfen für ein demokratisches System, in dem:

- **Partizipation Bedeutung hat:** Die Menschen können Initiativen ergreifen, gestalten und entscheiden – und werden nicht nur befragt.
- **Macht neu verteilt wird:** weg von Oligarchien, Lobbys und privaten Medienimperien hin zu Bürgern, Arbeitnehmern und Gemeinschaften.
- **Demokratie sozial ist:** politische Rechte erfordern soziale Rechte – Zeit, Sicherheit, Bildung und Zugang zu Informationen.

- **Partizipation inklusiv ist:** Sie ist darauf ausgelegt, Menschen aus der Arbeiterklasse, Migrant*innen, Jugendliche, ländliche Gemeinden und diejenigen einzubeziehen, die aufgrund von Klasse, Geschlecht, Behinderung oder prekären Arbeitsverhältnissen ausgegrenzt werden.
- **Demokratie vor Vereinnahmung geschützt ist:** Transparenz, Antikorruptionsvorschriften und Beschränkungen für private Geldmittel sind nicht verhandelbar.
- **Die Alternative gemeinsam gestaltet wird:** Große Reformen müssen durch partizipative Prozesse gestaltet werden, die es den Menschen ermöglichen, das neue Modell zu entwerfen, und nicht nur bereits getroffene Entscheidungen zu billigen.

I – Eine neue demokratische Architektur: direkte und partizipative Entscheidungsfindung

Wir schlagen vor, direkte und partizipative Demokratie auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene durch konkrete Mechanismen zu verankern:

1) Demokratische Übergangs- und Mitgestaltungsprozesse (Entwurf des neuen Modells)

Wenn Gesellschaften mit tiefgreifenden Krisen konfrontiert sind, reicht es nicht aus, die bestehende Ordnung zu kritisieren. Das neue System muss durch strukturierte demokratische Mitgestaltung aufgebaut werden. Wir unterstützen öffentliche Prozesse – auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene –, durch die die Menschen gemeinsam Prioritäten festlegen, Alternativen vorschlagen und über Reformen entscheiden können, unter anderem durch Bürgerkonvente, Versammlungen und partizipative politische Prozesse. Diese müssen angemessen ausgestattet, sozial inklusiv, transparent und mit der tatsächlichen Entscheidungsfindung verbunden sein, damit sie nicht zu symbolischen Übungen verkommen.

2) Ständige Bürgerversammlungen (mit Macht, kein Theater)

Zufällig ausgewählte, gesellschaftlich repräsentative Versammlungen – ausgestattet mit Ressourcen und unterstützt durch unabhängige Fachkompetenz – müssen zu einem festen Bestandteil der Entscheidungsfindung werden, insbesondere bei großen Umgestaltungen (Klima, Wohnungswesen, öffentliche Dienste, KI, Frieden und Sicherheit).

Ihre Ergebnisse müssen verbindlich sein oder im Falle einer Ablehnung obligatorische Abstimmungen in gewählten Gremien auslösen, wobei eine umfassende öffentliche Begründung erforderlich ist.

3) Bürgerhaushalt und Bürgerkontrolle über öffentliche Investitionen

Ein bedeutender Teil der öffentlichen Haushalte – insbesondere der kommunalen Haushalte und der von der EU finanzierten Programme – muss im Rahmen eines Bürgerhaushalts beschlossen werden, mit transparenten Optionen, offenen Daten und Bürgerkontrolle. Öffentliche Gelder müssen sozialen Bedürfnissen dienen, nicht privaten Profiten.

4) Bürger*inneninitiative

Demokratische Erneuerung erfordert das Recht der Bürger, Vorschläge auf die Tagesordnung zu setzen und über wichtige Entscheidungen zu entscheiden. Wir unterstützen verbindliche Bürger*inneninitiativen, verbunden mit starken Schutzmaßnahmen gegen Desinformation, ungleiche Finanzierung und die Dominanz von Medienoligopolen.

5) Referendum

Wir unterstützen verbindliche Referenden zu wichtigen Entscheidungen, verbunden mit starken Schutzmaßnahmen gegen Desinformation, ungleiche Finanzierung und die Dominanz von Medienoligopolen.

6) Abberufung

Um die Rechenschaftspflicht während der gesamten Amtszeit zu stärken, befürworten wir die Einführung von Abberufungsmechanismen für gewählte Vertreter. Die Bürger sollten – unter klaren demokratischen Garantien – die Möglichkeit haben, ein Abberufungsverfahren durch eine hohe und transparente Unterschriftenhürde einzuleiten, auf die eine Abberufungsabstimmung folgt.

Ein Rückruf sollte gelten, wenn Vertreter systematisch gegen zentrale programmatische Verpflichtungen verstoßen, sich weigern, das öffentliche Interesse zu vertreten, oder gegen demokratische und ethische Standards verstoßen. Demokratie darf nicht auf einen Blankoscheck bei jedem Wahlzyklus reduziert werden: Gewählte Amtsträger müssen während der gesamten Amtszeit rechenschaftspflichtig bleiben.

Vertreter, die in Korruption oder kriminelles Verhalten verwickelt sind, dürfen nicht durch ihr Mandat geschützt werden. Wenn glaubwürdige Beweise für Korruption, schwerwiegenden Amtsmissbrauch oder andere kriminelle Handlungen vorliegen – insbesondere wenn öffentliche Gelder, das öffentliche Beschaffungswesen oder Interessenkonflikte betroffen sind –, muss es schnelle, transparente Verfahren geben, die eine Abberufung auslösen können, flankiert von Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren und einer unabhängigen Aufsicht.

7) Rechte auf Rechenschaftspflicht

Um eine unabhängige Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, schlagen wir die Einrichtung von Kontrollgremien vor, die sich aus zufällig ausgewählten Bürgern und unabhängigen Fachexperten zusammensetzen, mit strengen Regeln zu Interessenkonflikten und vollständiger Transparenz. Diese Versammlungen sollten die Befugnis haben, Beweismittel zu prüfen, Zeugenaussagen anzuhören, unabhängige Prüfungen in Auftrag zu geben und öffentliche Ergebnisse zu veröffentlichen, die formelle Amtsenthebungsverfahren oder obligatorische Abstimmungen auslösen können – damit die Rechenschaftspflicht nicht Institutionen überlassen wird, die gegen sich selbst ermitteln. Solche Mechanismen müssen Schutzvorkehrungen gegen Missbrauch und Schikanen beinhalten: transparente Finanzierungsregeln, gleichberechtigten Zugang zu Informationen, Schutz vor Desinformation, angemessene Schwellenwerte und unabhängige Aufsicht – damit der Rückruf ein Instrument der öffentlichen Rechenschaftspflicht bleibt und nicht zur parteipolitischen Destabilisierung dient.

Die Rechenschaftspflicht muss durch Transparenzvorschriften, Maßnahmen gegen die Vereinnahmung durch Lobbyisten, durchsetzbare ethische Standards und wirksame Sanktionen bei Korruption und Interessenkonflikten weiter gestärkt werden.

8) Mitbestimmung bei öffentlichen Dienstleistungen und Gemeingütern

Öffentliche Dienstleistungen müssen demokratisch unter Beteiligung der Nutzer*innen, Beschäftigten und Gemeinschaften gestaltet werden. Dies stärkt Qualität, Vertrauen und gesellschaftliche Eigenverantwortung. Es schützt die Dienstleistungen außerdem vor Privatisierung, Korruption und technokratischer Sparpolitik.

9) Demokratie am Arbeitsplatz als Säule der politischen Demokratie

Demokratie darf nicht am Fabriktor enden. Wir fördern Mechanismen der direkten Demokratie am Arbeitsplatz – indem wir den Arbeitnehmern tatsächliche Rechte in Bezug auf Arbeitsbedingungen, ökologischen Wandel, technologische Entscheidungen und den Einsatz von KI einräumen –, denn wirtschaftliche Macht ohne demokratische Kontrolle wird die politische Demokratie stets untergraben.

10) Öffentliche, demokratische Infrastruktur für digitale Partizipation

Digitale Werkzeuge können die Partizipation nur dann erweitern, wenn sie öffentlich, transparent, datenschutzkonform, zugänglich und Open-Source sind – niemals Plattformen der Überwachung oder Manipulation. Online-Partizipation muss stets mit Offline-Versammlungen und persönlicher Organisation einhergehen, um Ausgrenzung zu verhindern.

II – Demokratie braucht Voraussetzungen: Zeit, Rechte und soziale Sicherheit

Partizipation ist unmöglich, wenn das Leben von Prekarität, Burnout und Angst geprägt ist. Menschen können nicht beraten, organisieren oder mitentscheiden, wenn sie gezwungen sind, zwischen Überleben und bürgerschaftlichem Engagement zu wählen. Eine Demokratie, die diesen Namen verdient, erfordert daher materielle Voraussetzungen und gesicherte Rechte – damit Partizipation kein Privileg derer ist, die über Zeit, Geld, Selbstvertrauen oder Zugang zu Institutionen verfügen.

Direkte und partizipative Demokratie muss auf der Gleichberechtigung aller Stimmen beruhen. Das bedeutet, die strukturellen Barrieren zu beseitigen, die viele zum Schweigen bringen: Armut, Überlastung, prekäre Wohnverhältnisse, unzugängliche öffentliche Räume, fehlende Kinderbetreuung, Diskriminierung und die Monopolisierung von Informationen durch private Interessen. Ohne soziale Rechte wird Partizipation zu einer reinen Formsache – und die wirkliche Macht bleibt in den Händen einiger weniger.

Direkte und partizipative Demokratie erfordert zudem demokratische Kompetenz. Wenn wir wollen, dass die Menschen mitentscheiden, müssen wir in politische Bildung und praktische staatsbürgerliche Schulung investieren: das Verständnis von Institutionen und Haushalten, das Erlernen von Deliberations- und Verhandlungsfähigkeiten, das Erkennen von Desinformation sowie den Zugang zu zuverlässigen, vielfältigen Informationen.

Die Stärkung der Bürger*innen ist kein „Luxus“ – sie ist die Voraussetzung für eine Teilhabe, die inklusiv, informiert und resistent gegen Manipulation ist.

Der demokratische Wandel muss daher mit folgenden Punkten verbunden sein:

- kürzere Arbeitszeiten und gesichertes Einkommen, damit die Teilhabe mit dem Alltag vereinbar ist
- ein starkes öffentliches Bildungswesen und unabhängige öffentliche Medien, einschließlich lebenslanger
- staatsbürgerlicher und politischer Bildung, Medien- und Digitalkompetenz sowie praktischer Schulungen zur demokratischen Teilhabe;
- dem Schutz der bürgerlichen Freiheiten und des Vereinigungsrechts, einschließlich Gewerkschaftsrechten, Versammlungsfreiheit und dem Recht auf Protest;
- dem Kampf gegen strategische Klagen und Repressionen, die sich gegen Aktivist:innen, Journalist:innen, Gewerkschaften und Bürger richten, die am öffentlichen Leben teilnehmen.

III - Unser Engagement: Parteien als Vermittler der Volkssouveränität

Angenommene Anträge vom Kongress der Europäischen Linken (17.-18. April 2026) - Englische Originalfassung:
<https://www.european-left.org/wp-content/uploads/2026/04/APPROVED-MOTIONS-EN-2.pdf>

Politische Parteien dürfen nicht als geschlossene Apparate agieren – noch dürfen sie Wahlen als Vorwand nutzen, um die Entscheidungsfindung zu monopolisieren oder Macht zu missbrauchen, sobald sie im Amt sind.

Die Europäische Linke verpflichtet sich, die interne Demokratie zu stärken und dauerhafte Verbindungen zu Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Gemeindeorganisationen aufzubauen – damit Politik zu einer kollektiven Fähigkeit der Vielen wird und nicht zu einem professionellen Monopol weniger.

Unsere Rolle besteht nicht darin, ein fertiges Modell aufzuzwingen, sondern demokratischen Raum zu schaffen, Macht zu teilen und den Menschen dabei zu helfen, ihre eigene Souveränität in dauerhaften Institutionen zu organisieren.